FLUCHT-RÄUME
Flüchtlingsethik
NICHT MEIN ANTIRASSISMUS
CANAN TOPÇU
BREAKING BORDERS TO BUILD BRIDGES
Gün Tank
Die Optimistinnen
PARTEIEN UND WÄHLER IM UMBRUCH
DANIEL BAUMANN
STEPHAN HEBEL
GUTE-MACHT-GESCHICHTEN

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser der *Mitteilungen*,

am 12. November 2022 konnten wir endlich die Absicht verwirklichen, unseren langjährigen Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat, der plötzlich und unerwartet am 26. Februar 2020 kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres verstorben war, mit einem Ehrensymposium zu würdigen.

Und so kamen an diesem Sonnabend ca. 60 Personen in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen, um als Kolleginnen und Kollegen, Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Freunde und Verwandte gemeinsam des Menschen, des Wissenschaftlers und des unermüdlichen Aufklärers zu gedenken, der mit Leidenschaft und Akribie Menschen zu begeistern wusste. Es dürfe niemals einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit, die mit verbrecherischen Naziregime verbunden ist, geben. Aufklärung ist der beste Schutz davor, die damaligen Fehler noch einmal zu begehen. So hat Reiner Zilkenat gelebt und gewirkt.

Die in diesem Sonderheft der *Mitteilungen* dokumentierten Beiträge haben die Bezüge zu seinen vielfältigen und thematisch weit gefächerten Beiträgen zur Zeitgeschichte hergestellt und so versucht, die Anregungen, die aus Reiner Zilkenats Arbeiten hervor gingen, wieder lebendig zu machen. Wir danken allen Referentinnen und Referenten, aber auch allen Teilnehmern des Symposiums, dass sie auf diese intensive Weise, die wir alle fühlen konnten, einen Kollegen zu ehren in der Lage waren, der sehr viel geschaffen hat, aber sich nie einem Zeitgeist unterwarf. Dass das Ehrensymposium eine so gelungene Veranstaltung werden konnte, verdanken wir der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihren Mitarbeitenden, vor allem Uwe Michel und Keith Grünewald, Harald Wachowitz vom Zeitgeschichtlichen Archiv, dessen weitere Existenz trotz vielfacher Interventionen nicht gesichert werden konnte, und allen, die durch ihre Beiträge für einen würdigen Tag sorgten. Dies gilt für Simona Schubertová, Reiners Lebensgefährtin, für Stefan Heinz, der an der Organisation wirksam beteiligt war, und für Elke Reuter, die exzellent vorbereitet und souverän die Moderation des Symposiums übernommen hat. Herausgeber und Redaktion hoffen, dass wir einen Beitrag dafür leisten können, dass die politische und historische Kultur unseres Landes sich friedlich und demokratisch entwickeln kann und nicht in die Richtung gehen wird, vor der Reiner Zilkenat immer gewarnt hat.

Holger Czitrich-Stahl

Inhalt

Begrüßungsansprache zum Ehrensymposium für Reiner Zilkenat am 12. November 2022
Holger Czitrich-Stahl 7

Dr. Reiner Zilkenat zum Gedenken
Günter Benser 9

Die Zerstörung der Weimarer Republik und die Rolle der Hohenzollern
Peter Brandt 13

Der Rathenaustreik 1922: Streik, Forderungen und Folgen
Benedikt Hopmann 28

Stichwortgeber, Wegbereiter, Steigbügelhalter – Die Mitverantwortung des Konservatismus für die Zerstörung der Weimarer Republik durch den Faschismus
Holger Czitrich-Stahl 45

Auf der Suche nach dem Geheimnis, aus dem Kriege gemacht werden – einst und jetzt. Überlegungen zu marxistischer Kriegsursachenforschung
Stefan Bollinger 53

Produktive Zusammenarbeit mit Reiner Zilkenat in der politischen Bildungsarbeit
Harald Wachowitz 62

Der Privatmann – Reiner Zilkenat
Simona Schubertová 69

„Kein Schlussstrich! Der Aufstieg des deutschen Faschismus und der antifaschistische Widerstand."

Begrüßungsansprache zum Ehrensymposium für Reiner Zilkenat am 12. November 2022

Liebe Simona Schubertová, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter von Reiner Zilkenat, liebe Gäste!

Als uns damals die furchtbare Nachricht vom plötzlichen Tod unseres geschätzten Kollegen Reiner Zilkenat erreichte, traf uns das wie ein Keulenschlag. Schließlich war Reiner noch bis zum Oktober 2018 der Vorsitzende unseres Förderkreises. In dieser Funktion hat Reiner Bleibendes geleistet. Um seine Leistung für den Verein und für seine Sache, die Aufklärung über den Aufstieg des deutschen Faschismus und die ihn begünstigenden Bedingungen und Helfershelfer sowie das Scheitern des Widerstandes und der Ursachen dafür, zu ehren, beschlossen wir schon im Frühjahr 2020 die Organisation und Durchführung eines Ehrensymposiums. Doch kaum war der Gedanke zum Vorhaben erhoben, machte die Coronakrise uns einen dicken Strich durch die Rechnung: Lockdown im Frühjahr, Lockdown im Herbst 2020, die Fortsetzung der Restriktionen auch im Jahr 2021 zwangen uns, das Symposium immer wieder aufzuschieben. 2022 konnte endlich ernsthaft mit der Umsetzung begonnen werden. Inzwischen war auch der von Yves Müller herausgegebene Gedenkband erschienen. Heute Nachmittag nun kann ich Euch bzw. Sie alle im Namen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung herzlich in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung begrüßen!

Das Datum, der 12. November, ist nicht zufällig gewählt, denn der 9. November 2022 ist schließlich ein Arbeitstag und naturgemäß mit anderen Gedenkterminen belegt. Dennoch markiert der 9. November auch eine gedankliche und historische Achse, an der entlang sich Reiner Zilkenats Wirken erfassen lässt. Am 9. November 1918 führte der vierte Massenstreik der deutschen Arbeiterbewegung zum Sturz der Monarchie und zur doppelten Ausrufung der Republik. Doch innerhalb der Arbeiterbewegung entbrannte eine heftige Auseinandersetzung um den Charakter und die Reichweite der Republik. Sie forderte gerade auf Seiten der radikalen und revolutionären Strömungen viel zu viele Todesopfer, die meisten durch militärische Gewalt und brutale Strafaktionen, durch weißen Terror. Was im März 1920 gelang, nämlich gemeinsam als Arbeiterbewegung den Kapp-Lüttwitz-Putsch zurückzuwerfen, sollte danach nie wieder möglich sein. Am 9.

November 1923 putschten Adolf Hitler und seine Spießgesellen in München und stellten trotz ihres Scheiterns nach 1919/20 ein weiteres Mal die reale Bedrohung durch erzreaktionäre Kräfte unter Beweis. Keine zehn Jahre später herrschten die deutschen Faschisten, Adolf Hitler und seine NSDAP und deren Nebenorganisationen diktatorisch in Deutschland und übten Verfolgung und Gewalt aus. Dass dieser Albtraum möglich werden konnte, lag nicht allein an der zutiefst zerstrittenen und gespaltenen Arbeiterbewegung, aber eben auch daran. Doch ohne die Kooperation der faschistischen Kräfte mit dem Konservatismus und dem traditionellen Nationalismus und Militarismus in Preußen und im Reich wäre Hitler auch nicht an die diktatorische Macht gelangt. Am 9. November 1938 schließlich offenbarten die Nazis ihre ungehemmte Bereitschaft zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und zur brutalen Gewaltanwendung in der Reichspogromnacht.

Diese Zeitachse markiert so etwas wie einen Kern von Reiners Forschung und Publizistik. Natürlich ging er dabei viel weiter zurück, z. B. zu den Hohenzollern, zu Preußen etc. Und nach dem 9. November 1989 gab es weitere drängende Fragen an ihn, den Historiker, der in Berlin quasi zwischen den Welten wanderte, als Westberliner Sozialist und Kommunist, der an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im anderen Teil Berlins promovierte.

Wir wollen heute den Versuch unternehmen, Reiner auf dieser Zeitachse zu folgen und ihn dabei als Historiker, Publizisten, Aufklärer und Didaktiker, aber auch den Menschen, den Freund Reiner Zilkenat zu würdigen. Ich möchte deshalb alle Anwesenden noch einmal herzlich hier begrüßen und zum Gespräch einladen. Ich möchte mich bei Elke Reuter, Stefan Heinz, Uwe Michel und bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bedanken, dass dieses Symposium möglich wurde. Ich begrüße an dieser Stelle auch die Edition Bodoni und Die Buchmacherei mit ihren Büchertischen, die sich thematisch ergänzen und mit Reiners Wirken verbunden sind. Herzlich Willkommen Marc Johne und Rainer Knirsch!

In drei Panels werden wir Vorträge erleben und in ein intensives Gespräch eintreten, da bin ich mir ganz sicher. Wir würden gern in irgendeiner Form eine Publikation daraus entwickeln, ob als Abfolge einiger Vorträge in den *Mitteilungen*, als ihr Sonderheft oder als Online-Publikation wird sich erweisen. Doch würden wir gern die heutigen Beiträge, die Reiners Wirken im Blick haben, in seinem Sinne behandeln: Es darf keinen Schlussstrich geben! So wollte es der Historiker, Aufklärer und Didaktiker Reiner Zilkenat!

Holger Czitrich-Stahl

Dr. Reiner Zilkenat zum Gedenken

Diese Veranstaltung wurde als Ehrensymposium für den langjährigen Vorsitzenden des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Dr. Reiner Zilkenat, einberufen und soll eine Danksagung an den leider nicht mehr unter uns Weilenden sein. Es wäre schön und angemessen gewesen, wenn wir ein solches Symposium anlässlich seines bevorstehenden 70. Geburtstages hätten ausrichten können. Doch es kam anders. Während der Niederschrift einer Würdigung des Jubilars ereilte mich die traurige Nachricht, dass Reiner verstorben sei. So floss der Text einer Laudatio leider in einen gemeinsam mit seinem Nachfolger im Amte – Holger Czitrich-Stahl – verfassten Nekrolog ein.[1]

Es ist der Korona-Pandemie geschuldet, dass wir uns erst heute zu einem seit Langem angedachten Ehrensymposium zusammenfinden. Aber spät ist nicht zu spät. Diese Veranstaltung soll sich mit einer Thematik befassen, die im Zentrum nicht nur der Forschungen, sondern auch der populärwissenschaftlichen Aktivitäten wie des politischen Engagements des Historikers Zilkenat stand: „Der Aufstieg des deutschen Faschismus und der antifaschistische Widerstand." Yves Müller hatte in dem von ihm herausgegebenen Band mit Beiträgen von Reiner Zilkenat[2] dessen Lebensleistung im Buchtitel treffend charakterisiert: „Historiker, Didaktiker, Aufklärer". Als Historiker war er ein emsiger Forscher, der neue Quellen erschlossen und ausgewogen interpretiert hat. Als Didaktiker zeichnete er sich durch gut strukturierte, tatsachenreiche, allgemeinverständliche Darbietung seiner Studienergebnisse sowohl in Vorträgen und in der Presse wie auch in Lehrveranstaltungen aus. Als Aufklärer verband er seine wissenschaftliche Arbeit eng mit seinem politischen und sozialen Engagement. Dieses begann in der Westberliner revolutionären Schülerbewegung und setzte sich während seines Geschichtsstudiums an der Freien Universität im studentischen Aufbegehren fort. Schließlich entschloss er sich, der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins beizutreten, in der er wichtige Funktionen ausübte. Ehrenamtliche Arbeit in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Initiativen und Vereinen waren für ihn immer ein unverzichtbares Wirkungsfeld. Und das führt uns zurück zu unserem Förderkreis.

1 Günter Benser/Holger Czitrich-Stahl: Dr. Reiner Zilkenat (20. Mai 1950 - 26. Februar 2020). Ein Historiker und Antifaschist mit Leib und Seele ist von uns gegangen. In: *Mitteilungen* des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 57, März 2020.

2 Müller, Yves (Hrsg.): Reiner Zilkenat. Historiker, Didaktiker, Aufklärer. Ausgewählte historische Beiträge mit Erinnerungen von Weggefährten wie einem Nachwort von Peter Brandt (= Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte, Bd. 5), *edition bodoni*, Buskow bei Neuruppin 2021.

Im Gefolge unserer Vereinsvorsitzenden war er der Dritte in dieser Funktion. Der unvergessene Gründungsvorsitzende Henryk Skrzypczak hatte sich 1991 in der schwierigsten Phase der Existenz unseres Förderkreises der Aufgabe gestellt, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die Entscheider zu beeinflussen, um die in der DDR reichlich vorhandenen archivalischen Überlieferungen der Arbeiterbewegung und zugehörige Bibliotheken vor dem Untergang, beziehungsweise vor Zersplitterung oder nicht sachgemäßen folgenschweren Abwicklungen zu bewahren. Er hat das getan, obwohl er als „Wessi" in den Jahren des Kalten Krieges mit seinem ostdeutschen Gegenüber oft die Klingen gekreuzt hatte, diese mit ihm nicht eben fair umgegangen waren und obwohl er in seinem politischen und wissenschaftlichen Umfeld mit diesem Engagement nicht selten auf Unverständnis stieß. Reiner Zilkenat hat ihm später zur Seite gestanden, um einige seiner Studien zu publizieren.

Henryk Skrzypczak folgte als Vereinsvorsitzender der „Ossi" Günter Benser – Ende 1992 angesichts seiner DDR-Vergangenheit eine etwas gewagte Entscheidung. Nachdem mit der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv eine alles in allem konstruktive Lösung der anfangs hart umstrittenen Probleme gefunden war, hatte sich nun die Frage gestellt, ob die Mission des Förderkreises erfüllt und seine weitere Existenz überflüssig sei. Wir haben uns damals entschieden, einen Verein, der „Arbeiterbewegung" auf seine Fahne geschrieben, eine kompetente Interessengemeinde um sich geschart hatte und mit auf verwandten Gebieten aktiven Partnern verbunden war, nicht untergehen zu lassen. Mit den regelmäßig erscheinenden *Mitteilungen* und der auf unsere Initiative gemeinsam mit dem Bundesarchiv und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft organisierten Vortragsreihe nahm die Öffentlichkeitsarbeit des Förderkreises stabile Konturen an. Überdies war es geboten, die Einhaltung der zwischen den staatlichen Organen und den Einbringern von Archiven eingegangen Verträge im Blickfeld zu behalten.

Im Jahre 2011 war es Zeit, die Funktion des Vereinsvorsitzenden in jüngere Hände zu legen. Reiner Zilkenat erklärte sich bereit, für diese Funktion zu kandidieren und übte sie bis zum Oktober 2018 aus. Dann zwang ihn seine angegriffene Gesundheit kürzer zu treten. Mit ihm war ein Mann an die Spitze unseres Vereins getreten, der in beiden Teilen des gespaltenen Berlins seine politische, soziale und wissenschaftliche Kompetenz erworben hatte. Und er sprach oft mit Respekt und Dankbarkeit über seine akademischen Lehrer Reinhard Rürup von der Freien Universität Berlin (West) und Rolf Richter von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin (Ost). Er war im Westen wie im Osten der Stadt vernetzt, was einen großen Gewinn für den Förderkreis darstellte. Das ermöglichte es uns, anspruchsvollere wissenschaftliche Unternehmungen in Angriff zu nehmen, Tagungen zu gravierenden Themen einzuberufen und deren Erträge

in dem uns verbundenen Verlag *edition bodoni* zu publizieren. Auch konnten – wenngleich in bescheidenem Maße – jüngere, doch bereits wissenschaftlich profilierte Mitglieder gewonnen werden – eine Entwicklung, die sich unter seinem Nachfolger Holger Czitrich-Stahl fortsetzte.

Wenn es in der Periode der Abwicklungen und Ausgrenzungen sowie danach einige Institutionen und Gemeinschaften gab und gibt, die für sich mit Recht beanspruchen dürfen, dass sich in ihnen eine Vereinigung vollzogen hat, so gehört der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung dazu. Die Mitgliedschaft unseres Vereins, die Zusammensetzung unseres Vorstandes und des Wissenschaftlichen Beirates, die Autorenverzeichnisse unserer *Mitteilungen*, die Rednerliste unserer heutigen Tagung und die Zusammensetzung des Publikums belegen dies ein weiteres Mal. So manche dieser Erfolge wurden von Reiner Zilkenat initiiert.

Doch der Förderkreis war nicht Reiners einziges ehrenamtliches Betätigungsfeld. Erinnert sei an seine Vorträge in der Seniorenakademie, seine Mitgliedschaft im Berlin-Brandenburger Bildungswerk, seine aktive Rolle in der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus bei der Partei DIE LINKE, seine Zusammenarbeit mit dem von unserem Vereinsmitglied Marc Johne geleiteten Verlag edition bodoni, in dem die Reihe „Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte“ erscheint, in der er als Herausgeber oder Mitherausgeber einzelner Bände in Erscheinung trat. Wie es der Tradition unseres Vereins entspricht, fungierte er als Vereinsvorsitzender auch als Herausgeber der *Mitteilungen* unseres Förderkreises. Wahrscheinlich ein enormes Pensum an Arbeit und Verantwortung.

Doch damit ist noch nichts über die Forschungsfelder und Forschungserträge des Historikers Zilkenat gesagt. Ich nehme an, dass dies im Verlaufe unserer Tagung hinreichend geschehen wird. Was mich betrifft, so bin ich zum ersten Male durch seine Studie über die SED-Gründung in Berlin-Neukölln auf Reiner Zilkenat aufmerksam geworden. Yves Müller hat in der Gliederung des bereits erwähnten Sammelbandes eine Systematisierung der dominierenden Themenkomplexe in Reiners Schaffen vorgenommen, der ich mich anschließen kann, und zwar Preußen und das Kaiserreich, Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Antisemitismus und Gewalt, Deutsch-deutsche Beziehungen, die Linke. Eine Erweiterung scheint mir angebracht zu sein – Antifaschismus. Gemeinsam ist diesen Texten, dass sie von gründlicher Quellenkenntnis und einer beeindruckenden Belesenheit des Autors zeugen. Sie enthalten sich jener verkomplizierenden Terminologien, die dem akademisch nicht gebildeten Leser anderenorts oft den Zugang versperren oder erschweren. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Bezug zu aktuellen Diskursen herstellen und Geschichte als ein Geschehen vermitteln, das in unsere Gegenwart hineinragt und auf die Zukunft einwirkt. Ein Musterbeispiel ist die aus seinem Nachlass in der Zeitung *junge Welt* veröffentlichte Studie

über die Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus zur Kaiserzeit und deren Nachhall.[3] Hier ist überzeugend belegt, wie leitende deutsche Politiker, einflussreiche Wirtschaftskapitäne und Journalisten die aggressiven annexionistischen Ziele ihrer Ostpolitik definierten, propagierten und – wenn es ihnen möglich war – praktizierten; gemäß der vom renommierten außenpolitischen Publizisten Paul Rohrbach formulierten Devise „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen". Vor dem gegenwärtigen Krieg um die Ukraine geschrieben, lässt uns diese Analyse mit begründeter kritischer Distanz auf die gegenwärtige Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik blicken.

In seinen letzten Tagen befasste sich Reiner Zilkenat mit dem Generalstreik der Arbeiterklasse gegen die Kapp-Lüttwitz-Putschisten, der sich im März 1920 zum hundertsten Male jährte. Der Tod riss ihn mitten aus dieser Arbeit, die er gewiss im Bewusstsein heutiger Bedrohungen der Demokratie in Angriff genommen hatte.

Mit Reiner Zilkenat haben wir einen Freund und Mitstreiter verloren, dessen Klugheit und Kreativität, dessen Aktivität und Engagement wir schmerzlich vermissen. Ein Einzelner wird ihn nicht ersetzen können. Deshalb lasst uns gemeinsam sein Vermächtnis bewahren.

Günter Benser

3 Siehe *junge Welt* vom 24. und 25. Oktober 2022.

Die Zerstörung der Weimarer Republik und die Rolle der Hohenzoller

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte wurde, weilte der ehemalige Kronprinz Wilhelm, seit seiner Rückkehr nach Deutschland 1923 die politisch relevanteste Figur der Hohenzollern, bei seinem Vater, dem früheren Kaiser, im niederländischen Doorn, wo dieser im Exil lebte. Laut dem Zeugnis des Flügeladjutanten des Ex-Kaisers, Sigurd von Ilsemann, äußerte der Kronprinz in der dort allgemeinen Begeisterung über die neue deutsche Regierung der „nationalen Konzentration", jetzt sei wahr geworden, wofür er sich ein ganzes Jahr lang eingesetzt hätte.[4]

Der (Ex-)Kronprinz Wilhelm steht im Zentrum des seit einigen Jahren öffentlichen sog. Hohenzollernstreits, denn er war, was juristisch einschneidend ist, seit dem Tod des letzten Kaisers 1941 der Chef des Hauses Preußen und aufgrund eines „Hausgesetzes" von 1920 Inhaber des Familienvermögens. Während der alliierten Besatzungsherrschaft in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg griffen die vier Okkupationsmächte in unterschiedlichem Ausmaß direkt und indirekt in die administrativen und gesellschaftlichen Verhältnisse ein, am weitgehendsten und systematischsten in der Sowjetischen Zone. Von der dortigen Bodenreform – es folgte die entschädigungslose Enteignung der „Nazi- und Kriegsverbrecher" – 1945/46 wurden auch die auf dem Territorium der Ostzone befindlichen Schlösser und Herrenhäuser der Hohenzollern samt Inventar erfasst.

Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik geriet das einstige Vermögen der Hohenzollern zu einem Teilaspekt politischer und juristischer Auseinandersetzungen über den Umgang mit den vor Gründung der DDR durchgeführten Enteignungen. Anders als die seit der ostdeutschen Staatsgründung vorgenommenen Verstaatlichungen entschied der Gesetzgeber, die Bodenreform nicht rückgängig zu machen. Allerdings eröffnete das sog. Ausgleichsleistungsgesetz 1994 den Betroffenen bzw. ihren Rechtsnachfolgern die Möglichkeit, für enteignete Immobilien eine finanzielle Entschädigung zu erlangen und bewegliche Sachgüter zurückzuerhalten.[5] Das Oberhaupt

4 Sigurd von Ilsemann, Der Kaiser in Holland, Teil II: Monarchie und Nationalsozialismus. 1924-1941, München 1968, S. 212 (Tagebucheintragung v. 01.02.1933). – Zu den hier relevanten Auffassungen und Aktivitäten des früheren Kaisers vgl. John Röhl, Wilhelm II., Bd. 3: Der Weg in den Abgrund 1900-1941, München 2008; Christopher Clark, Kaiser Wilhelm II., Harlow u. a. 2000.

5 Ungeachtet kleinerer Unstimmigkeiten geeignete Darstellung der Auseinandersetzung nicht nur auf juristischer Ebene im Wikipedia-Artikel „Entschädigungsforderungen der Hohenzollern". – Mittel- und norddeutsche ehemalige Herrscherhäuser, namentlich die sächsischen Wettiner,

der vormaligen Herrscherfamilie Hohenzollern, das war bis zu seinem Tod 1994 des Kronprinzen Sohn Louis Ferdinand, machte sogleich Ansprüche geltend. Akut wurde die Angelegenheit 2014 (nach Ablauf der vorgeschriebenen 20-Jahres-Frist) durch eine Klage beim Verwaltungsgericht Potsdam und dann durch den Abbruch der parallel geführten Vergleichsverhandlungen mit dem Bund und dem Land Brandenburg im Sommer 2019. Jüngst hat das derzeitige Haupt des Hauses, Georg Friedrich Prinz von Preußen, die Klage für erledigt erklärt – eine camouflierte Rücknahme –, womit die Auseinandersetzung als Gesamtkomplex aber nicht beendet, vielmehr auf den Verhandlungsweg zurückgeführt worden ist. – Abgesehen von einer Geldsumme in der Höhe von 1,4 Millionen Euro ging es bei dem Rechtsstreit um Tausende Kulturgüter, darunter viele Gemälde. Weitere Tausende sind Leihgaben an den Staat. Dort kommt der Vorbehalt eines erheblichen NS-Vorschubs nicht in Betracht.

Das Lastenausgleichsgesetz von 1994 schließt nämlich den Entschädigungsanspruch für Personen – hier ggf. Kronprinz Wilhelm – aus, die dem Nationalsozialismus (oder dem Kommunismus) „erheblichen Vorschub" geleistet hätten. Dabei handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff; und so riefen die streitenden Parteien die Historiker auf den Plan. Bereits 2011 hatte das Haus Preußen den in Cambridge lehrenden Christopher Clark mit der Erstellung eines Gutachtens betraut. Clark war zu dem Ergebnis gekommen, dass der Kronprinz zwar ein „schrecklicher Reaktionär" gewesen sei, aber politisch unfähig – „eine Flasche", so mündlich, – und vergleichsweise wirkungslos agierend.[6]

Ganz anders argumentiert das 2016 fertiggestellte umfangreiche Gutachten von Wolfram Pyta und Rainer Orth, als Experten der späten Weimarer Republik und des frühen „Dritten Reiches" ebenfalls im Auftrag des Georg Friedrich von Preußen, das die Beteiligung des Kronprinzen an dem Versuch des befreundeten Reichswehrgenerals Kurt von Schleicher, während seiner kurzen Kanzlerschaft um die Jahreswende 1932/33 über neue politische Kombinationen unter Einschluss nur eines Teils der NSDAP eine Alternative zur führenden Regierungsbeteiligung Adolf Hitlers zu realisieren, ins Zentrum stellt.[7] Abgesehen davon, dass die Gutachten Clark und Pyta/Orth in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, wenn sie sich nicht sogar regelrecht widersprechen, scheint Kronprinz Wilhelm just diese Implikation der Schleicherschen Bemühungen, die Ausschaltung Hitlers, nicht recht verstanden und mitgetragen zu haben. Jedenfalls stand er einer

konnten sich mit den jeweiligen Landesregierungen vergleichen.

6 Dieses und die im Folgenden genannten Gutachten unter http://hohenzollern.lol/#gutachten.

7 Vgl. dazu, neben dem Gutachten der Betreffenden, auch Wolfram Pyta/Rainer Orth, Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können, in: *Historische Zeitschrift* 311 (2021), S. 400-444. Zum historischen Umfeld vgl. auch die in Fn. 31 genannten Titel.

Reichskanzlerschaft Schleichers skeptisch gegenüber.[8]

Die beiden vom Land Brandenburg beauftragten Gutachter, Stephan Malinowski, als Experte für den deutschen Adel im 20. Jahrhundert, und Peter Brandt, als relativ breit ausgewiesener Neuzeithistoriker benannt, bejahten bei unterschiedlicher Nuancierung eine „erhebliche Vorschubleistung" des ehemaligen Kronprinzen für die nationalsozialistische Machtübernahme und die Konsolidierung des NS-Regimes. Malinowski hat dann 2021 eine große Monografie über das Verhältnis der Hohenzollern insgesamt zum Nationalsozialismus vorgelegt.[9]

Ungefähr parallel dazu erschien die auf einschlägige Aktivitäten speziell des Kronprinzen Wilhelm in den Jahren 1930 bis 1935 konzentrierte Arbeit von Lothar Machtan.[10] Eine aufschlussreiche Quellensammlung zur Dokumentation der politischen Anschauungen und Aktivitäten des Kronprinzen – fast 1.500 Primärquellentexte, entnommen aus Briefen, Tagebüchern, Zeitungsartikeln usw. – hat Machtan inzwischen bei preussen.de ins Internet gestellt. Während Christopher Clark sich 2019/20 auf eine frühe Version der Machtanschen Sammlung berufen hat, um die Aussagen seines Gutachtens von 2011 deutlich zu relativieren[11], ist Machtans eigene Deutung dennoch als Ablehnung „erheblicher Vorschubleistung" des Kronprinzen zu verstehen, allerdings auf einem beträchtlich höheren Wissensstand als vor einem Jahrzehnt: Wilhelm sei weder charakterlich noch intellektuell, noch im Hinblick auf sein Ansehen imstande gewesen, eine bedeutende politische Rolle zu spielen. Dass sich eine zumindest partiell pronationalsozialistische Intention mit einer gewissen Wirkung diagnostizieren lässt, ist allerdings kaum umstritten, wobei jedoch die Erheblichkeit der Vorschubleistung von Machtan und anderen Historikern[12] bezweifelt wird. Diejenigen, die die Erheblichkeit bejahen, gehen – mit Abstufungen ihrerseits – nicht so weit, das

8 Vgl. Wilhelm an Schleicher v. 03.12.1932, in Machtan, Quellen (wie Fn. 7), in: preussen.de.

9 Stephan Malinoswki, Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration, Berlin 2021; vgl. auch ders., Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Frankfurt am Main 2004; Karina Urbach, Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienst der Macht, Darmstadt 2016. Von den Hohenzollern-nahen Arbeiten sei hier nur erwähnt Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen, „Gott helfe unserem Vaterland". Das Haus Hohenzollern 1918-1945, München 2003.

10 Lothar Machtan, Der Kronprinz und die Nazis. Hohenzollerns blinder Fleck, Berlin 2021; zuletzt ders., Die Hohenzollerndebatte als historische Forschungskontroverse, in: Journal für Juristische Zeitgeschichte 2023 (2), S. 47-52; ders., Quellen zur politischen Biografie des letzten deutschen Kronprinzen unter besonderer Berücksichtigung der 1930er-Jahre, in: preussen.de – die offizielle Seite des Hauses Hohenzollern.

11 Interview Clarks mit dem *Spiegel* v. 25.10.2019 und mit der *Frankfurter Allgemeinen* v. 04.11.2020.

12 Hier kommt vor allem der Sammelband in Betracht: Frank Lothar Kroll/Christian Hillgruber/Michael Wolffsohn (Hg.), Die Hohenzollerndebatte. Beiträge zu einem geschichtspolitischen Streit, Berlin 2021, darin u. a. Hans-Christof Kraus, Deutschlands doppelte Niederlage und die Hohenzollern, S. 165-174.

Adjektiv „erheblich“ als „entscheidend“ verstehen zu wollen.[13]

Die vier Gutachten unterlagen der Geheimhaltung, bis der TV-Satiriker Jan Böhmermann sie Ende 2019 eigenmächtig veröffentlichte; dieser Akt heizte die öffentliche Diskussion über die Ambitionen der Hohenzollern ebenso an wie eine im Januar 2020 im Kulturausschuss des Bundestags stattfindende öffentliche Anhörung, bei der u. a. die beiden Gutachter Brandt und Malinowski, nicht aber deren Kontrahenten zugegen waren, Die Gegenposition wurde hauptsächlich von dem jungen Würzburger Historiker Benjamin Hasselhorn repräsentiert. Dieser argumentierte, dass die Schlussfolgerungen der Genannten vertretbar, aber keineswegs zwingend seien.[14]

Die Problematik des Umgangs mit dem früheren Herrschergeschlecht der Hohenzollern reicht zurück bis in die Revolution von 1918/19, als in der ersten November-Hälfte Arbeiter und Soldaten gegen die Fortsetzung des faktisch verlorenen Krieges rebellierten und die Monarchie zu Fall brachten: auf Reichs- wie auf Länderebene. Anders als in Österreich, wo das sog. Habsburg-Gesetz von 1919 die Übernahme des kompletten Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen durch den Staat regelte, wurde die königlich-preußische wie kaiserlich-deutsche Herrscherdynastie nicht konsequent abgewickelt.

Friedrich Ebert (SPD), dominierender Mit-Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten von 1918/19, dann Reichspräsident, suchte die Versöhnung mit den Hohenzollern in der Hoffnung, so ein loyales Verhalten der alten Eliten gegenüber der gerade begründeten Republik zu fördern. Die hohenzollernschen Schlösser blieben unangetastet, und der gestürzte König und Kaiser bekam Kultur- und Luxusgüter im Umfang von 60 Güterwagen der Eisenbahn ins niederländische Exil nachgeschickt. Das war königlich-preußischer, nicht unbedingt privater Besitz. Sogar die Apanagen, das monarchische Gehalt, flossen noch jahrelang in die Taschen der ehemals kaiserlich-königlichen Familie.

Als in den mittleren Jahren der Weimarer Republik frühere deutsche Fürsten mehr und mehr dazu übergingen, ihnen vermeintlich zustehende Vermögenswerte einzuklagen, leiteten die KPD und (unter dem Druck ihrer Basis) die SPD ein Volksbegehren zur entschädigungslosen Fürstenenteignung ein, dem am 20. Juni 1926 ein Volksentscheid folgte. Mit 14,5 Millionen Befürwortern lag die

13 Aus einem früheren Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom März 2005 betreffend den DNVP-Vorsitzenden der Jahre 1928-33 und Großverleger, Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister von Ende Januar bis Juni 1933, Alfred Hugenberg, ergibt sich, dass auch für Juristen eine (erhebliche) Vorschubleistung für den Nationalsozialismus nicht an der Mitgliedschaft in der NSDAP oder einem Bekenntnis zu ihr hängt. Vgl. Andreas Kilb, Kommt es zum Prozess über die Ansprüche der Hohenzollern?, in: FAZ.NET ISSN 0174-4909. – Zu Hugenbergs Rolle vgl. Fn. 21.

14 Vgl. für die Diskussion insgesamt Deutscher Bundestag: Rolle des Kronprinzen Wilhelm von Preußen im Urteil von Historikern, 21. Januar 2020, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw05-pa-kultur-hohenzollern-677910.

Zahl der Ja-Stimmen etwa 4 Millionen, fast ein Fünftel, über der Summe der für die beiden sozialistischen Arbeiterparteien bei den vorangegangenen Reichstagswahl abgegebenen Stimmen. Besonders in den großen Städten zeigten sich beeindruckende Mehrheiten für das Volksbegehren. Offenbar schlossen sich dort nicht geringe Teile der Wählerschaft der liberalen Parteien, des katholischen Zentrums und sogar der rechtsgerichteten Deutschnationalen dem Vorschlag der vereinigten Linken an. In den ländlichen Bereichen bewirkten hingegen Boykott-Aufrufe der Gegenseite (zu der die beiden großen Kirchen gehörten) und entsprechender sozialer Druck eine unterdurchschnittliche Beteiligung. Da Reichspräsident Paul von Hindenburg dafür gesorgt hatte, dass die kommunistisch-sozialdemokratische Initiative als vermeintlich verfassungsdurchbrechend die Mehrheit aller Abstimmungsberechtigten hätte erzielen müssen, war das Plebiszit trotz des großen Mobilisierungserfolgs gescheitert.[15]

Das in der Folge am 26. Oktober 1926 vom Preußischen Landtag verabschiedete Gesetz beinhaltete einen rechtsverbindlichen Vergleich des mit Abstand größten und bevölkerungsstärksten deutschen Landes mit den Hohenzollern, denen der Kompromiss weit entgegenkam. Die von Otto Braun (SPD) geführte Koalitionsregierung konnte das Gesetz nur deshalb durchbringen, weil sie sich neben der bürgerlichen Mitte auf die Rechtsparteien stützte, während die SPD-Abgeordneten sich der Stimme enthielten oder der Abstimmung fernblieben.[16] Das preußische Gesetz von 1926, das immer noch die Blaupause für Verhandlungen zwischen den Vertretern des Staates und denen des Hauses Preußen bildet, hat die Entschädigungsfrage vorschnell auf die Ebene des Zivilrechts abgeschoben und damit entpolitisiert.

Die Weimarer Republik war ins Leben getreten unter dem Joch eines inhaltlich von nahezu dem gesamten politischen Spektrum abgelehnten Friedensvertrags – es war tatsächlich ein „Diktat" mit erheblichen Gebietsverlusten, ungemessenen Reparationszahlungen und einem als Oktroyierung alleiniger Schuldanerkennung verstandenen Artikel. Anders als die politische Rechte, die vielfach Revanche-Gedanken wach hielt, bemühten sich die Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratische Politiker, auch „vernunftrepublikanische" wie der Rechtsliberale Gustav Stresemann, nicht ohne Erfolg um eine schrittweise Milderung des Friedens durch kalkulierte Verständigung mit den Siegermächten.[17]

15 Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzungen mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978; Otmar Jung, Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen" aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, 2 Bde., Hamburg 1996.

16 Vgl. neben den in Fn. 12 genannten Titeln Siegfried Heimann, Der Preußische Landtag 1899-1947. Eine politische Geschichte, Berlin 2011, Kap. 14.

17 Vgl. u. a. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1993; Hans-

Eine dauernde innere Belastung war die distanzierte bis klar ablehnende Haltung des überwiegenden Teils der Großindustriellen, insbesondere der Schwerindustrie, Bankiers und Großagrarier, der höheren Reichs- und Landesbeamten, der Reichswehroffiziere, auch der freiberuflichen Akademiker zur demokratischen Republik, die ja das Ergebnis einer Revolution war. Auch der selbstständige gewerbliche Mittelstand und die Bauernschaft tendierten großenteils zu antirepublikanischen Positionen. Trotzdem führt das schon zeitgenössische Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner" in die Irre. Im Generalstreik gegen den Kapp-Putsch vom März 1920, aber auch in den riesigen, von Kommunisten bis zu Liberalen und Katholiken reichenden Massenprotesten gegen die Ermordung zuerst des Finanzpolitikers Matthias Erzberger und dann des Außenministers Walther Rathenau – beide keine Männer der Arbeiterbewegung – 1921/1922 wurde eine potenzielle republikanisch-demokratische Mehrheit sichtbar, die hauptsächlich wegen des scharfen Gegensatzes von KPD und SPD politisch nicht oder allenfalls sehr eingeschränkt zum Tragen kam.

Dennoch konsolidierten sich Staat und Wirtschaft der Weimarer Republik nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen und der verheerenden Hyperinflation des Jahres 1923 sowie der nachfolgenden Stabilisierungskrise in bemerkenswerter Weise, jedenfalls relativ. Die Reichstagswahlen vom Mai 1928 brachten der Linken, hauptsächlich der SPD nach Jahren in der Opposition, Erfolge, während die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) deutliche Einbußen erlitt und die NSDAP über 2,6 % noch nicht hinauskam. Ein durch Volksbegehren veranlasster Volksentscheid gegen den Young-Plan (zur definitiven Regelung der Reparationen) scheiterte am 22. Dezember 1929 eindeutig, verschaffte Adolf Hitler als wirkungsvollem Agitator samt seiner Partei indessen eine große Reputation und Publizität im gesamt rechten Lager.

Schon Ende 1928 hatte sich in unterschiedlicher Ausformung eine jeweils relative Rechtswendung nahezu des gesamten bürgerlich-nichtsozialistischen Spektrums angedeutet, als der Vorsitz der DNVP an den ehemaligen Krupp-Direktor und Medienmogul Alfred Hugenberg, der des bislang republiktreuen katholischen Zentrums an Prälat Ludwig Kaas überging; die wirtschaftsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) tendierte, namentlich nach dem Tod Gustav Stre-

Christof Kraus, Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919-1933, Berlin 2013. – Zur inneren Geschichte der Weimarer Republik vgl. für vieles Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008; Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar (1918-1933), Berlin 1998; Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993. – Speziell zur Endphase der Republik außerdem weiterhin Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, zuletzt Düsseldorf 1984; Heinrich August Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992.

semanns am 3. Oktober 1929, immer stärker nach rechts, und sogar in der eher linksliberalen DDP, seit Juli 1930 Deutsche Staatspartei, machten sich autoritäre Tendenzen geltend. In den Wahlen der Jahre 1930 bis 1932 wurden die DNVP beträchtlich geschwächt, DVP und Staatspartei mehr und mehr auf das Niveau von Splitterparteien reduziert, wenngleich die DVP wegen ihrer besonderen Nähe zum großen Kapital eine gewisse Bedeutung behielt.

Gesellschaftspolitisch war der Ruhreisenstreit, eine mehrwöchige Massenaussperrung von über 200.000 Arbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im November 1928, folgenreich. Er richtete sich gegen das staatliche Schlichtungswesen, konkret gegen einen ersten, relativ gewerkschaftsfreundlichen Schlichtungsspruch, indirekt gegen das Tarifvertragswesen und ziemlich unverhohlen auch gegen die führende sozialdemokratische Beteiligung an der preußischen und der Reichsregierung. Faktisch handelte es sich um eine massive unternehmerische Offensive gegen die gewerkschaftliche und parteipolitische Arbeiterbewegung.[18]

Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte die Weimarer Republik ohne Einbruch der Weltwirtschaftskrise Ende Oktober 1929 (möglicherweise auch mit einer anderen wirtschaftspolitischen Reaktion der Staatenwelt auf die Krise) dennoch überlebt, jedenfalls hätten Hitler und seine Leute kaum eine Chance gehabt. Neben drastischem Sinken der Reallöhne und der Zuspitzung einer schon in den Jahren zuvor entstandenen Agrarkrise nahm die bereits in den relativ guten Jahren hohe Arbeitslosigkeit bis zu einer Höhe von 6 Millionen registrierten, faktisch 7 bis 8 Millionen, zu, darunter eine wachsende Gruppe von verelendeten Dauerarbeitslosen. Doch nicht diese stellten in erster Linie die Basis für die sensationellen Wahlerfolge der NSDAP, besonders seit der Reichstagswahl vom September 1930 (18,3 %) bis zur Juli-Wahl 1932 (37,3 %). Die Erwerbslosenpartei schlechthin war in zunehmendem Maß die KPD, deren verhängnisvoller ultraradikaler Kurs gegen den „Sozialfaschismus" der SPD seit 1928/29 nun gewissermaßen sozial untermauert und zugespitzt wurde; denn der SPD gehörten eher Facharbeiter an, die weniger als die Un- und Angelernten von Erwerbslosigkeit betroffen waren.[19]

Es scheint so, als ob die NSDAP mit dem zweiten Wahlgang der Wahl des Reichspräsidenten (10.04.1932), der preußischen Landtagswahl (24.04.1932) und der erneuten Reichstagswahl (31.07.1932) mit 36 bis 37 Prozent den vorläufigen Sättigungspunkt ihrer Unterstützung in der Bevölkerung erreicht hätte. Die NSDAP sammelte Wähler in allen Klassen und Schichten, schwergewichtig

18 Zum Ruhreisenstreit vgl. Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, insb. S. 415-456.

19 Zur Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik vgl. umfassend Heinrich August Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 3 Bde., Berlin/Bonn 1985-87; speziell zur KPD Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007; Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

in den mittleren sozialen Segmenten in Stadt und Land; sie erhielt auch viele Arbeiterstimmen, wenngleich Arbeiter dort sozialstatistisch unterrepräsentiert blieben. Von einem tiefen Einbruch in das (in sich verfeindete) sozialistische Lager wird man aber nicht sprechen können, denn dieses blieb in einer Größenordnung von in Addition 35-37 % stabil, allerdings bei ständiger Verschiebung nach links, zur KPD (November 1932: 16,9 %). Ziemlich unangefochten blieb mit ca. 15 % auch der politische Katholizismus aus Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Die Expansion der NSDAP kam schwergewichtig aus dem übrigen bürgerlichen Spektrum einschließlich diverser kleiner Splitter- und Interessenparteien und aus dem Bereich früherer Nichtwähler.[20]

Zwischenzeitlich, um die Jahreswende 1932/33, schien es so, als ob das Kalkül der SPD-Führung doch noch aufginge: nämlich die eigenen Kerntruppen zusammen und die NSDAP so lange von der Regierungsmacht fernzuhalten, bis nach ersten Misserfolgen innere Konflikte das vermeintlich heterogene Gebilde auseinandertreiben würden.[21] Tatsächlich steckte die Hitler-Partei in Geldnot und musste nach den reichsweiten Verlusten am 6. November 1932 von rund 2 Millionen (gleich 4,2 %) bei Kommunalwahlen weitere und tiefere Einbrüche hinnehmen.

Da hatten die Sozialdemokraten jedoch ihre wichtigste Bastion, die Regierungsmacht in Preußen (rund 60 % des Gebiets und Einwohner des Reiches), durch eine sog. „Reichsexekution" im Auftrag des Reichspräsidenten verloren, veranlasst am 20. Juli 1932 von Franz von Papens offen antirepublikanischem „Kabinett der Barone". Der staatsstreichähnlichen Absetzung der (nur noch geschäftsführenden) preußischen Regierung setzte die Sozialdemokratie keinen Widerstand entgegen.[22] In ihrer legalistischen Befangenheit sah sie außerparlamentarische Gegenwehr auch noch unter den Präsidialregierungen und sogar nach dem 30. Januar 1933 nur für den Fall einer zweifelsfreien Verletzung der Reichsverfassung vor. Der Erfolg eines bewaffneten Kampfes wäre allerdings auch in der Konstellation des 20. Juli 1932 höchst unsicher gewesen, da die preußische

20 Vgl. vor allem Jürgen Falter, Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP, Frankfurt am Main/New York 2020; ders., Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2020; ders./Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

21 Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989; Reiner Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt am Main 1990. – Etliche Beobachter aus den verschiedenen politischen Milieus sahen Hitlers Stern um die Jahreswende 1932/33 sinken.

22 Zum „Preußenschlag" und zur sozialdemokratischen Reaktion darauf vgl. Horst Möller, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin/New York 2001, S. 149 ff.; Hagen Schulze (Hg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn - Bad Godesberg 1975.

Polizei, ggf. unterstützt von den Schutzformationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, nicht nur gegen die SA und andere rechte Verbände, sondern auch gegen die Reichswehr hätte antreten müssen, und auch die Durchführbarkeit eines Generalstreiks war bei dermaßen hoher Arbeitslosigkeit mehr als fraglich.

Trotz alledem hätte keine Macht der Welt den Reichspräsidenten Hindenburg gegen seinen Willen zwingen können, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, insbesondere nach der relativen Wahlniederlage der NSDAP am 6. November 1932. Von einer parlamentarischen Mehrheit, selbst unter Hinzunahme der DNVP, waren die Nationalsozialisten weit entfernt. Erst unter der Regierung Hitler/Papen änderte sich das mit den Reichstagsneuwahlen vom 5. März 1933, die nur noch dem Wahlakt nach frei waren. Hauptsächlich durch die Mobilisierung von bisherigen Nichtwählern erlangten nun die Regierungsparteien NSDAP und DNVP (Kampffront Schwarz-Weiß-Rot) 43,9 % bzw. 8 %. Die bereits verfolgte KPD büßte rund eine Million Stimmen ein (minus 4,2 %), während die SPD ihre absolute Stimmenzahl in etwa behaupten konnte, jetzt mit 18,3 % (minus 2,1 %).

Dass die Weimarer Republik tatsächlich abgewickelt werden konnte, hatte nicht nur die tiefe, sich mit dem Bankenzusammenbruch von 1931 dramatisch zuspitzende wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Krise sowie eine bestimmte Interessenkonstellation zur Voraussetzung; es mussten auch einflussreiche Einzelpersonen in Aktion treten, die das Zerstörungswerk in die Hand nahmen. Die Hohenzollernfamilie beteiligte sich an diesem Vorhaben nicht in einer tragenden Rolle, aber unwichtige Randfiguren des Geschehens waren sie ebenso wenig. Kaisersohn August Wilhelm („Auwi") schloss sich schon 1930, später gefolgt von seinem Sohn, mit Genehmigung des im holländischen Exil seiner Reinthronisation harrenden Vaters bzw. Großvaters der aufstrebenden NSDAP an – nach 1933 dann auch zwei Söhne des Kronprinzen – und wurde als SA-Obergruppenführer eine Art General der nationalsozialistischen Bürgerkriegstruppe.[23] Auwi scheint von der NS-Ideologie, wie er sie verstand, ehrlich überzeugt gewesen zu sein. Die Kaisersöhne Oskar, Eitel Friedrich und der einstige Kronprinz Wilhelm (als Ehrenmitglied) gehörten dem mit der DNVP verbandelten, dort auf dem militanten rechten Flügel angesiedelten „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten" an, der, seinerseits offen republikfeindlich und revanchistisch, sich von der eher plebejischen SA nicht zuletzt in der stärker bürgerlichen sozialen Zusammensetzung unterschied.[24]

23 Vgl. zu August Wilhelm Lothar Machtan, Der Kaisersohn bei Hitler, Hamburg 2006.

24 Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966; Anke Hoffstadt, Eine Frage der Ehre – Zur Beziehungsgeschichte von „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten" und SA, in: Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hg.), Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt am Main 2013. – Zu DNVP vgl. Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition" und dem „Willen zur Macht" – Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918-1928, Düsseldorf

Dass royalistische Bestrebungen in der deutschen Rechten um 1930 ziemlich unbedeutend geworden waren, lag nicht zuletzt an dem Ansehensverlust, den die beiden erstrangigen Hohenzollern, Wilhelm II. und Kronprinz Wilhelm, mit ihrer Flucht in die neutralen Niederlande im November 1918 auch und gerade in Adelskreisen erlitten hatten; bei Letzterem kam der allgemein bekannte genusssüchtige Lebensstil hinzu. Zudem wurde dem Kronprinzen im rechten Spektrum vielfach sein enger gesellschaftlicher Kontakt zu Juden, speziell zu jüdischen Damen, verübelt. Wenn Wilhelm jr. ein definierbares politisches Ziel hatte, dann war es die Einigung der antirepublikanischen Gesamtrechten. Um das zuwege zu bringen, war ihm die Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers durchaus recht, wobei er eine solche zeitweise eher hinnehmen wollte, ihr zu anderen Zeiten enthusiastisch entgegen sah.

Schon in der Spätphase des Kaiserreichs war Kronprinz Wilhelm mit besonders drastischen und instinktlosen Äußerungen hervorgetreten, so 1913 anlässlich des Vorfalls im elsässischen Zabern.[25] Mit der von Gustav Stresemann vermittelten Rückkehr nach Deutschland 1923 war die Selbstverpflichtung zum Verzicht auf politische Aktivität verbunden, woran sich Wilhelm nach dem Tod des Außenministers offenbar nicht mehr gebunden fühlte.

Seine Auffassungen blieben im Kern unverändert. In einem Brief an den damaligen Major Ludwig Beck vom 25. Mai 1926 wünschte er die „endgültige Auseinandersetzung zwischen links und rechts" herbei, wobei die Rechte für ihn damals erstrangig von Wehr- und Kampfverbänden wie dem Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden verkörpert wurde.[26] Insbesondere seit 1931 engagierte er sich erkennbar politisch; angesichts der tiefen Krise der Republik witterte er Morgenluft. Ein zielstrebig handelnder, strategisch und taktisch denkender Politiker war er nicht; das operative politische Geschäft war ihm fremd; rednerische Fähigkeiten gingen ihm ebenso ab wie Ausdrucksformen eigener politischer Gedanken.

Während ihm die Praxis des Regierens eigentlich immer fremd blieb, scheint Wil-

2011; Thomas Mergel, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928-1932, in: Historische Zeitschrift 276 (2003), S. 323-368; Klaus Wernecke/Peter Heller, Medienmacht und Demokratie in der Weimarer Republik. Das Beispiel des Medienzaren und vergessenen Führers Alfred Hugenberg, Frankfurt am Main 2023.

25 In der elsässischen Stadt Zabern hatte im Herbst 1913 das dort stationierte preußische Militär mit unverhältnismäßigen Reaktionen auf örtliche Proteste gegen beleidigende Äußerungen eines Leutnants reagiert. Folge war eine ernste innenpolitische Krise im Zusammenhang mit breiter Missbilligung des Reichstags. Vgl. Richard W. Mackey, The Zabern Affair, 1913-1914, Lanham 1991. Kronprinz Wilhelm telegrafierte den befehlshabenden Offizieren: „Immer feste druff!"

26 Wilhelm an Ludwig Beck v. 25.05.1926, in: Lothar Machtan, Quellen, in: preussen.de.

helm auch nicht über die Realisierbarkeit seiner Gedanken reflektiert zu haben. Seine Art des Politisierens war das informelle Gespräch in Hinterzimmern. Dieses wurde als Ort politischer Sondierungen und Weichenstellungen allerdings mit der zunehmenden Ausschaltung des Parlaments seit dem Frühjahr 1930 immer bedeutsamer. Eine zweite Interventionsform waren mahnende und beschwörende Briefe, die er an hohe Entscheidungsträger, so an einzelne Reichsminister, auch an Reichspräsident Hindenburg schrieb.

In dem alles entscheidenden Jahr 1932 war der Kronprinz somit keiner der zentralen Entscheider, aber doch ein nicht unwichtiger Faktor, dessen stetes Agieren dazu beitrug, Vorbehalte im Adel und im rechtskonservativen Milieu gegen ein Zusammengehen mit der NSDAP abzubauen. Umstritten ist dabei, ob die symbolische Bedeutung des Kronprinzen-Status, der monarchische Nimbus – jenseits der Beurteilung der konkreten Person – für eine größere Zahl Menschen um 1932 weiterhin eine relevante Rolle spielte.[27] Immerhin wurde er bei Kundgebungen der nicht-nationalsozialistischen Rechten, so des Stahlhelms, wiederholt enthusiastisch gefeiert.[28]

Wilhelms Vorbild war das faschistische Italien, wo der „Duce" Mussolini den König als Repräsentanten des Staates an der formalen Spitze belassen hatte. Die Begegnungen mit Mussolini, zuerst 1928, waren für den Kronprinzen entscheidend. In einem Brief vom 7. Mai 1928 an den Vater beschrieb Wilhelm den italienischen Faschismus als eine „fabelhafte Einrichtung": „Sozialismus, Kommunismus, Demokratie und Freimaurerei" seien „ausgerottet … mit Stumpf und Stiel; eine geniale Brutalität hat das zuwege gebracht."[29] Wie der Kronprinz dachte und empfand, machen auch andere Briefe deutlich, so am 24. Juni 1932 an Wehrminister Schleicher und am 4. Juli 1932 an Reichspräsident Hindenburg, wo er freimütig schreibt, dass bei Ausschreitungen „mal eine Anzahl Kommunisten aufs Pflaster gelegt" werden müssten.[30]

Am spektakulärsten war sein Aufruf vor dem zweiten Wahlgang der Wahl zum

27 Das symbolische Kapital des Kronprinzen in diesem Sinn betont besonders Malinowski, Die Hohenzollern. Dagegen argumentiert Benjamin Hasselhorn, Symbolisches Kapital. Überlegungen zum „Hohenzollern-Charisma" nach 1918, in: Kroll u. a. (Hg.), Die Hohenzollerndebatte, S. 175-207. Unklar bleibt vor allem die diesbezügliche Einstellung ländlicher konservativer Schichten ohne oder mit geringer Zeitungs- bzw. anderer Lektüre.

28 So etwa Ende Mai 1931 beim Stahlhelmtag in Breslau mit Massenaufmarsch, vgl. Machtan, Kronprinz, S. 52 ff.

29 Zit. nach Ilsemann, Tagebuch, Bd. II, S. 95 f.

30 Zitat aus dem Schreiben Wilhelms an Hindenburg v. 04.07.1932, hier zit. nach Machtan, S. 117. Konkret forderte der Kronprinz ein Verbot der KPD und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die „Linkspresse".

Reichspräsidenten im April 1932, für Adolf Hitler zu stimmen. Vorausgegangen war ein zusammen mit Hitler entwickelter Plan, demzufolge Wilhelm im zweiten Wahlgang als rechter Sammelkandidat antreten – wobei Hindenburg zum Verzicht auf eine weitere Kandidatur veranlasst werden sollte – und den Führer der NSDAP dann zum Kanzler ernennen sollte.[31] Das war am Veto des Ex-Kaisers gescheitert. Dass der Wahlaufruf für Hitler völlig ohne Wirkung geblieben wäre, erscheint ausgeschlossen, auch wenn Wilhelms spätere Aussage, er hätte mit seiner Wahlempfehlung Hitler 2 Millionen Stimmen zugeführt – das war grosso modo die Differenz zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang –, reine Angeberei war.

Sowohl der Vater als auch der Stammhalter samt deren Ehefrauen – namentlich die zweite Gattin des früheren Kaisers Hermine mischte sich durch enge Tuchfühlung zur NSDAP-Spitze ein – hofften darauf, mit Hilfe der Hitler-Bewegung die Monarchie in Deutschland restaurieren zu können, und beide sahen sich als künftiges Staatsoberhaupt. Diese Hoffnung schien nicht ganz abwegig. Hitler und seine Satrapen nährten sie auf unverbindliche Art und spielten selbst mit dem Gedanken, unter Ausschaltung der diversen mittleren und kleinen früheren Fürsten irgendwann ein nationales Kaisertum zu errichten, ähnlich dem faschistischen Modell Italiens. Doch selbst überzeugte Monarchisten, wie man sie in der Führung des Stahlhelm fand, hielten den Zeitpunkt für eine Restauration nicht für gekommen und die Frage: Republik oder Monarchie, nicht für aktuell. Die Botschaft des Volksentscheids zur Fürstenenteignung von 1926 war durchaus verstanden worden.

Allerdings zielte der dem Zentrum angehörende Reichskanzler der Periode März 1930 bis Mai 1932, Heinrich Brüning, seit 1931 insgeheim auf die Wiederherstellung der Monarchie – in der irrigen Annahme, sich dabei in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten Hindenburg zu befinden. Tatsächlich wollte der mithilfe des Notverordnungsartikels 48 der Verfassung in der Krise wie ein Ersatzkaiser bewusst jenseits des Reichstags agierende Reichspräsident mit dem soldatischen und preußisch-traditionalistischen Nimbus, obgleich eigentlich Monarchist, dezidiert keine Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron. Umgekehrt hassten diese den früheren Chef der Obersten Heeresleistung als Verräter, nämlich als denjenigen, der sie angesichts der Niederlage und der Revolution 1918 im Stich gelassen hätte.[32]

31 Vgl. dazu Malinowski, Hohenzollern, S. 244 ff.; Machtan, Kronprinz, Kap. 3. Den Plan hatte Wilhelm in einem vertraulichen Brief an Louis Müldner v. 04.01.1932 entwickelt, veröffentlicht in der Machtan, Quellen, in: preussen.de.

32 Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 453 f.; Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007, insb. S. 650 ff.

Hindenburg war, abgesehen von Hitler, wohl die verhängnisvollste Gestalt der deutschen Politik seit den späten 1920er-Jahren. Die nach den Reichstagswahlen vom Mai 1928 gebildete, von Anbeginn brüchige Große Koalition von der SPD bis zur Deutschen Volkspartei (DVP) war ihm von Anfang an ein Dorn im Auge, und er arbeitete hinter den Kulissen schon seit Anfang 1929 auf einen Regierungswechsel hin. Er ist der Hauptverantwortliche dafür, dass seit dem Platzen der Koalition (wegen Differenzen über die künftige Finanzierung der Arbeitslosenversicherung) im Frühjahr 1930 eine parlamentarische Lösung nicht mehr in Betracht kam; ab August 1932 war sie wegen der negativen Mehrheit offen antiparlamentarischer Parteien dann auch insofern nicht mehr vorstellbar.

Hindenburg versuchte es also zuerst mit dem Kanzler Heinrich Brüning vom rechten Flügel des Zentrums und dessen rigoroser Sparpolitik. Damit verschärfte Brüning faktisch die Wirtschaftskrise, als kleineres Übel parlamentarisch toleriert von der SPD. Im Unterschied zu Brüning, der eine konservative Reform des Staates, aber keinen Systembruch anstrebte, arbeitete Reichskanzler Franz von Papen – der Spitzname seines „Kabinetts der Barone" deutete den Charakter der Regierung an – auf einen „Neuen Staat" anderer, entschieden autoritärer Qualität hin. Papen konnte sich im Reichstag nur auf die DNVP und auf die DVP stützen, die zusammen gerade noch 7,1 % der Wähler repräsentierten, und er fand entgegen seinen Hoffnungen wie auch denen des Kronprinzen[33] keine Duldung durch die Hitler-Partei. Die breite Unterstützung durch die Großwirtschaft vermochte dieses Manko nicht zu kompensieren. Papens Agieren trug entscheidend zum Untergang der Republik bei.

Ein zweiter herausragender Intrigant und Zerstörer der Weimarer Republik unter den Männern an der Spitze, die auf den Reichspräsidenten einwirkten, war General Kurt von Schleicher, unter Papen Wehrminister. Im Anschluss an die Novemberwahl 1932 (mit den erwähnten Verlusten für die NSDAP) übernahm er selbst das Amt des Reichskanzlers für einige Wochen. Schleicher war ebenso wie andere wichtige Akteure lange um die Einbeziehung und „Zähmung" der NSDAP bemüht. An der Regierung erwog er – wie oben erwähnt – verschiedene Varianten, auch eine Zusammenarbeit mit dem relativ gemäßigten Flügel der NS-Bewegung unter dem Organisationsleiter der Partei Gregor Strasser und die Bildung einer sog. Querfront bis zu den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften und dem rechten SPD-Flügel (was beiderseits schnell scheiterte).[34]

33 Vgl. Wilhelm an Hitler v. 25.09.1932, in: F. W. v. Preußen, Gott helfe, S. 99 ff. (dort auch die Antwort Hitlers).

34 Vgl. Irene Strenge, Kurt von Schleicher. Politik im Reichswehrministerium am Ende der Weimarer Republik, Berlin 2006; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General Kurt von Schleicher am Ende der Weimarer Republik,

Weder bei Schleicher noch bei Papen und noch weniger beim politisierenden Kronprinzen Wilhelm gab es jemals eine klare politisch-ideologische Trennlinie gegenüber Hitler und seiner Bewegung. Was es stattdessen reichlich gab, waren Bekundungen von enttäuschter Liebe zum unberechenbaren NSDAP-Führer, von dem sie sich immer wieder schnöde brüskiert fühlten. Im Übrigen fehlte den beiden Endzeitkanzlern der Weimarer Republik jede Phantasie im Hinblick auf eine Gestaltung der Politik ohne Nationalsozialisten; insbesondere wussten sie nicht, wie sie die Zustimmung der Massen gewinnen konnten. Gerade deshalb blieben sie notorisch auf die Bereitschaft von Hitlers Heerscharen angewiesen, sie als Staatsführer zumindest zu dulden.

Über den politischen Rang von Galionsfiguren der autoritären Eliten wilhelminischer Provenienz sind Papen und Schleicher eigentlich nie hinausgelangt. Und dieses Herkunftsmilieu hielt vor allem eines für grundfalsch, ja verderblich: die Ermächtigung des Volkes zum politisch entscheidenden Akteur im Deutschen Reich. Das wollten sie im Interesse der Oberklasse, der sie sich verbunden fühlten, nämlich selbst sein – und zwar nicht allein als Funktionsträger, sondern als mehr oder weniger ungebremst Herrschende. Deshalb hätten sie das uneingeschränkte Wahlrecht am liebsten abgeschafft und die parlamentarische Kontrolle der Regierung womöglich gleich mit. Überhaupt war ihnen die Massenpolitisierung zutiefst suspekt, vor allem jene, die im Namen eines Gleichheitsversprechen erfolgte.

In diesem Zentralaspekt ihrer Demokratiefeindschaft waren die Protagonisten der autoritären Eliten wesentlich (im Wortsinn) „reaktionärer" als die Nationalsozialisten, die ihren Masseneinfluss nicht zum wenigsten ihrem Fetisch vom Deutschen Volk und ihrer Demagogie von „Volksgemeinschaft" verdankten – genauer: ihrer Propagandasuggestion, Standes- und Klassenunterschiede aufzuheben. „Volksgemeinschaft" erschien angesichts der mehrheitlich „antikapitalistischen Sehnsucht", die Gregor Strasser im Reichstag unter fraktionsübergreifendem Beifall beschwor, wesentlich zeitgemäßer als nur die Ablösung der Parlamentsherrschaft zu fordern.[35]

Die Position als sozial Herrschende blieb Hitlers Koalitionspartnern vom 30. Januar 1933 und den hinter ihnen stehenden Kräften, namentlich dem Großkapi-

Frankfurt am Main 1981; Pyta/Orth, Nicht alternativlos. – Schleicher gehörte zusammen mit seiner Ehefrau zu denjenigen Konservativen, die am 30. Juni 1934 im Windschatten der Mordaktion gegen die SA-Führung mit erschossen wurden. Gregor Strasser war, neben Ernst Röhm, das prominenteste Opfer aus den Reihen der NSDAP.

35 Der Ausspruch fiel in der Reichstagssitzung am … Strasser entfernte sich in der zweiten Jahreshälfte 1932 erkennbar von früherer Kapitalismuskritik und verstärkte seine Kontakte zur Großindustrie. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978.

tal, erhalten.[36] Dieses gehörte sogar an herausgehobener Stelle zu den Profiteuren des NS-Regimes, mit dessen Funktionären sie schließlich zwei zentrale Ziele teilten: die Zerschlagung der Arbeiterbewegung – und zwar auch der reformerisch orientierten – und damit der Demokratie, sowie die Aufrüstung.

Während der ehemalige Kaiser angesichts der NS-Diktatur relativ schnell erkannte, dass er keine Chance hätte, wieder auf den Thron zu kommen, tat Kronprinz Wilhelm alles, um seine Unterstützung des neuen Regimes deutlich zu machen. Es ist nicht übertrieben, von maßloser Anbiederei zu sprechen. Politisch relevant waren wohl am ehesten seine Briefe an einflussreiche ausländische Persönlichkeiten und mehrere Interviews mit ausländischen Zeitungen, wo er etwa die frühen Unterdrückungsmaßnahmen einschließlich der antijüdischen als notwendige „gewisse Aufräumarbeiten" verteidigte.[37] Ab Mitte der 1930er-Jahre legten die Regierenden kaum noch Wert darauf, den Kronprinzen als Unterstützer ihrer Sache öffentlich auftreten zu lassen.

Peter Brandt

36 Zur politischen Einstellung und zum politischen Handeln der Eigentümer, Manager und Verbandsfunktionäre des Großkapitals, insbesondere zu ihrem Verhältnis zur NSDAP vgl. für vieles Weisbrod, Schwerindustrie; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981; Kurt Gossweiler, Großbanken – Industriemonopole – Staat 1914-1932, Berlin 1975; Karsten Heinz Schönbach, Die deutschen Konzerne und der Nationalsozialismus 1926-1943, Berlin 2015. – Die das Großunternehmertum stärker entlastende Forschungsrichtung geht vor allem zurück auf Henry Ashby Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972.

37 Wilhelm an die befreundete amerikanische Opernsängerin und Schauspielerin Geraldine Farrar v. 11.04.1933, zit. in Machtan, Kronprinz, S. 187.

Der Rathenaustreik 1922: Streik, Forderungen und Folgen

Im Jahr 2022 wurde an den 100. Jahrestag des Mordes an Walther Rathenau erinnert, kaum aber an den folgenden Streik als Reaktion auf diesen Mord.
Im Folgenden wird dieser Streik unter folgenden Gesichtspunkten behandelt:

- Der politische Demonstrationsstreik nach dem Mord an Rathenau
- Die Streikforderungen (Berliner Abkommen)
- Die Umsetzung dieser Forderungen in Gesetze und die Anwendung dieser Gesetze durch die Rechtsprechung
- Gründe für das Scheitern und die Folgen
- Das Verbot des politischen Demonstrationsstreiks in der Bundesrepublik

1. Der politische Demonstrationsstreik[38] nach dem Mord an Rathenau

Schon am Sonntag, den 25. Juni 1922, also einen Tag nach dem Mord an Rathenau durch Mitglieder der Organisation Consul, strömten Zehntausende im Lustgarten zusammen. Im Vorwärts hieß es:

„Als die Tat ruchbar wurde, da war der Eindruck allgemein: Das ist ein Angriff auf die Republik, auf das Volk. Und diese Tatsache genügte, um in weniger als 24 Stunden wiederum eine Viertelmillion des arbeitenden Volkes auf die Beine zu bringen."

Die Kundgebung begann um 11 Uhr mit dem Gesang der Internationale. Dann sprachen von 18 Podesten Redner der Sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und von den republikanischen Vereinigungen.

Einer der Redner war Kurt Rosenfeld USPD). Er rief:

38 Ein politischer Streik im juristischen Sinne ist ein Streik, der sich gegen den Staat (Regierung und seine Verwaltungen, Parlament und Justiz) richtet. Ein Demonstrationsstreik ist maximal auf einen Tag begrenzt. Der Erzwingungsstreik wird dagegen solange geführt, bis das Streikziel oder ein Kompromiss erreicht ist, der von beiden Seiten angenommen wird. Rosa Luxemburg nennt in ihrer Schrift „Massenbewegung, Partei und Gewerkschaften" (Hamburg 1906, dort unter IV, siehe: http://www.jpmarat.de/deutsch/rlmpgd/index.html) den Erzwingungsstreik „Kampfstreik". Allein auf den Demonstrationsstreik passe das „Schema des Massenstreiks als eines rein politischen, nach Plan und Absicht hervorgerufenen und abgeschlossenen kurzen Einzelaktes". Sie spielten „die größte Rolle in den Anfängen der Bewegung". Bei den Kampfstreiks fällt ins Auge, dass darin „das ökonomische und das politische Moment unmöglich voneinander zu trennen sind". Doch die Rechtsprechung, die einige Jahre nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland das Verbot des politischen Streiks durchsetzte, zwingt zur Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Streik. Der einzige politische Erzwingungsstreik, der zudem erfolgreich war, war der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im Jahr 1920. Es wurde solange gestreikt, bis die Putschisten aufgaben.

„Eine lange Kette solcher abscheulicher Mordtaten haben wir an uns vorüberziehen lassen. Als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht der Mordbestie in nationalem Gewand erlagen, haben wir uns ebenfalls mit Demonstrationen begnügt. Ach wie oft haben wir hier auf diesem Platz schon Kundgebungen gegen die Reaktion gesehen, wie oft schon protestiert … Wir waren viel zu tolerant. Aber jetzt ist unsere Geduld am Ende … Die Waffen gehören in die Hand der republikanischen Bevölkerung … Der Reichskanzler Wirth hat gestern eine scharfe Rede gegen rechts gehalten. Aber hat er das nicht ebenfalls beim Erzbergermord getan? Wir dürfen uns nicht auf parlamentarische Mittel beschränken, sondern das ganze Gewicht der außerparlamentarischen Macht … muss in die Waagschale geworfen werden. Die ganze Sippschaft der monarchistischen Offiziere mit ihren Götzen Hindenburg und Ludendorff an der Spitze muss aus dem politischen Leben verschwinden ..., um sie durch zuverlässige Republikaner zu ersetzen."[39]

Als Rathenau ermordet wurde, tagte in Leipzig der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der noch am selben Tag einen Beschluss fasste, in dem zu einer Demonstration am Tag der Trauerfeier aufgerufen wurde.

Reichsweit riefen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und die Arbeiterparteien zu einem halbtägigen politischen Demonstrationsstreik am Dienstag auf.

So konnten am Montag die Beschäftigten im Vorwärts, in der Freiheit und in der Roten Fahne lesen:

„An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

In Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses und des Afa-Bundes rufen wir zum Proteststreik auf gegen die sich durch die Ermordung Rathenaus erneut zeigende stets wachsende Gefahr des frechen Vordringens der Monarchisten, die die Republik beseitigen wollen.

Der Demonstrationsstreik beginnt in Groß-Berlin Dienstag, den 27. Juni mittags 12 Uhr und endet Mittwoch, den 28. Juni bei Arbeitsbeginn ..."[40]

Dieser Aufruf war unterschrieben von der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortskartell Berlin, und den Bezirksverbänden Berlin-Brandenburg der SPD, USPD und KPD.

Die Freiheit spricht von Hunderttausenden, die allein in Berlin an diesem politischen Demonstrationsstreik am Dienstag teilnahmen.

Eine große Beteiligung und gewaltige Demonstrationen wurden auch aus anderen Städten gemeldet, je 150.000 in München und Chemnitz, je 100.000 in Hamburg, Breslau, Elberfeld, Essen, weitere Demonstrationen in Frankfurt, Stuttgart,

39 Zitiert aus: *Freiheit* (USPD) vom 26.6.1922, https://fes.imageware.de/fes/web/.

40 Aufruf abgedruckt in: *Freiheit* (USPD) vom 25.6.1922, https://fes.imageware.de/fes/web/.

Königsberg, Dresden, Bautzen, Zwickau.[41] Insgesamt müssen es Millionen gewesen sein, die an diesem politischen Demonstrationsstreik am Dienstag teilnahmen.

Am Mittwoch, den 28. Juni, und am 4. Juli streikten noch einmal Hunderttausende.[42]

2. Die Streikforderungen (Berliner Abkommen)

Am 27. Juni hatten sich führende Vertreter der drei Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund auf das sogenannte Berliner Abkommen geeinigt. Dieses Berliner Abkommen wurde im *Vorwärts*, in der *Freiheit* und in der *Roten Fahne* an prominenter Stelle bekannt gemacht:

Reichsregierung und Reichstag sollten alle monarchistischen und antirepublikanischen Verbindungen verbieten und auflösen, aus den Behörden, Gerichten und der Reichswehr alle monarchistischen und antirepublikanischen Personen entfernen und einen außerordentlichen Gerichtshof zur Verfolgung einsetzen. Außerdem wurde sofortige Amnestie gefordert für alle wegen politischer Verbrechen Verurteilter mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes Straftaten begangen haben; Amnestie auch für die aus Anlass des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen, Einstellung aller aus demselben Anlass eingeleiteten Disziplinarverfahren.[43]

Hintergrund dieser letzten Forderung im Berliner Abkommen war der Eisenbahnerstreik, der Anfang des Jahres 1922 erfolglos abgebrochen worden war. Reichskanzler Wirth hatte der Gewerkschaft zwar versprochen, dass „von Maßregelungen keine Rede sein kann". Doch Wirth konnte sich im Kabinett nicht durchsetzen, Verkehrsminister Groener siegte mit der Auffassung, die streikenden Beamten müssten die ganze Härte der Gesetze spüren.[44] Zahllose Kündigungen, Enthebungen vom Dienst und Entlassungen wurden ausgesprochen und zahlreiche Disziplinarverfahren eingeleitet.[45] Von einem Mann wie Groener war nicht zu erwarten, dass er das Versprechen von Reichskanzler Wirth umsetzen würde.[46]

41 Martin Sabrow „Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution", Göttingen 2022, S. 101 f.

42 Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2 von 1917 bis 1945, Dietz Verlag Berlin 1987, Seite 154 f; nach Martin Sabrow, a. a. O., S. 104, war die Einheitsfront zu diesem Zeitpunkt wieder zerbrochen.

43 Abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 3, Berlin 1966, Dokument Nr. 137, S. 637; auch nachzulesen in Freiheit vom 28.6 1922, https://fes.imageware.de/fes/web/

44 Paul Frölich: Das Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februarstreik und seine Lehren. Berlin 1922; zitiert nach Arbeiterpolitik, Nr. 4, November 2007: „Zum Streik der Eisenbahner 1922", siehe: https://archiv.labournet.de/diskussion/geschichte/eisenbahn1922.pdf

45 Ebd.

46 Der frühere Justitiar der IG Metall, Michael Kittner, in seinem Buch „Arbeitskampf": „Von

Die Maßregelungen wurden später auch vom Reichstag und vom Preußischen Landtag gebilligt.[47] Es waren die Herrn der alten Gesellschaftsordnung, die überall ihren Einfluss wieder geltend machten, in der Politik, Verwaltung, im Heer und in der Polizei.

3. Die Umsetzung in Gesetze und ihre Anwendung in der Rechtsprechung

Was wurde aus den Forderungen dieses Berliner Abkommens?

Der Reichstag verabschiedete drei Gesetze: Ein Amnestiegesetz, das Gesetz zum Schutz der Republik und ein Beamtengesetz zum Schutz der Republik.[48]

Die Kritik der Abgeordneten der USPD und KPD in der Debatte im Reichstag lässt sich so zusammenfassen:

die Gesetze erfüllten nicht die Forderungen des Berliner Abkommens;

sie seien so formuliert worden, dass sie nicht nur gegen Monarchisten und die Feinde der Republik gerichtet seien, auf die fast alle der politischen Morde der letzten Jahre gingen, sondern auch gegen die Linke, die im Kapp-Putsch die Republik verteidigt hatte;

Richter würden die Gesetze so anwenden, dass sie sich gegen die Republik und gegen Republikaner richten;

dem zusätzlich geplanten Beamtengesetz werde es nicht gelingen, die Monarchisten und Antirepublikaner aus den Verwaltungen und der Reichswehr zu drängen.

Wie berechtigt diese Bedenken waren, soll am Beispiel des Amnestiegesetzes und des Gesetzes zum Schutz der Republik und seiner Anwendung durch die Justiz beschrieben werden.

a) Das Amnestiegesetz

Das Amnestiegesetz bezog sich auf die Zeit vom 4. August 1920 bis zum Jahresende 1921 und schränkte die Gewährung der Straflosigkeit für politische Straftaten dadurch erheblich ein, dass es Straflosigkeit nur für hochverräterische Unternehmungen gegen das Reich gewährte.

Sympathie für die neue Staatsform konnte keine Rede sein. Aus einer Besprechung im großen Hauptquartier am 18. August 1919 ist Groeners Aussage überliefert, dass er ‚weder Demokrat noch Sozialdemokrat' sei, ‚sondern einer Partei angehöre, die ... Despotie oder Thyrannei auf ihre Fahnen geschrieben' habe. Dementsprechend hatte er noch am 9. November 1918, also am Tage vor seinem Anruf bei Ebert im Kreis seiner Kameraden davon gesprochen, dass man jetzt zwar mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten müsse, jedoch ‚zu gegebener Zeit den Hahn wieder nach rechts drehen werde.' " (M. Kittner, „Arbeitskampf", München, 2005, S. 396 f.)

47 Ebd. S. 445.

48 Siehe Ernst Rudolf Huber: „Deutsche Verfassungsgeschichte ab 1789", Bd. 6, Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S. 665.

Der KPD-Abgeordnete Remmele erklärte dazu am 5. Juli im Reichstag:

„Wir betonen, dass die Amnestie auf alle angewendet werden muss, die im politischen Kampfe standen, um entweder Arbeiterrechte zu verteidigen oder um die Republik zu einer wirklichen Republik zu machen. Zu diesen Amnestierten muss unter allen Umständen Max Hölz gehören. … Ganz unglaublich erscheint es uns aber, dass selbst die Gefangenen, die aus Anlass des Kapp-Putsches die Waffe in die Hand genommen haben, um die Republik zu verteidigen … und dafür hinter Gefängnismauern schmachten, nach diesem Gesetzentwurf nicht amnestiert werden sollen …" [49]

b) Das Gesetz zum Schutz der Republik[50]

Die Stoßrichtung hatte Reichskanzler Wirth, der dem Zentrum angehörte, auf einer Sitzung des Reichstages einen Tag nach dem Attentat auf Rathenau klar beschrieben. Wirth hatte ausgerufen:

„Da steht … der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. – Große langandauernde Bewegung.)"[51]

Wirth hatte bei seinem Ausruf auf Helfferich und die Deutschnationale Volkspartei gezeigt.[52]

Auf derselben Sitzung des Reichstages erklärte Justizminister Radbruch zur

49 Reichstagsprotokoll, 244. Sitzung, S. 8317 https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00286. html.

50 http://www.documentarchiv.de/wr/repschutz_ges01.html.

51 Reichstagsprotokoll: Stenographischer Berichte, I. Wahlperiode 1920, Bd. 356, 236. Sitzung, Berlin 1922, S. 8054-8058.

52 Helfferich hatte einen Tag vor dem Mord im Reichstag eine Hetzrede gegen Rathenau gehalten. Rathenau habe deutsche Interessen verraten und verkauft. Helfferich war 1908 in das Direktorium der Deutschen Bank berufen worden und hatte schon am 1. Dezember 1918 dem „nationalen Sozialisten" Stadler bei dessen Gründung einer Antibolschewistischen Liga geholfen. Da Helfferich nicht selbst öffentlich in Erscheinung treten wollte, hatte er für Stadler eine Barspende von dem Direktor der Deutschen Bank Paul Mankiewitz in Höhe von 5.000 Mark arrangiert. Dies war der Grundstein eines 500 Millionen Mark schweren Antibolschewisten-Fonds, der von führenden Leuten des deutschen Großkapitals im Januar 1919 in Berlin gegründet wurde. Der Direktor der Deutschen Bank Paul Mankiewitz organisierte das Treffen in den Räumen des Flugverbandshauses in Berlin. Unter den eingeladenen Teilnehmern, die ausdrücklich persönlich erscheinen sollten, waren Industrieverbandschef Hugo Stinnes, Albert Vögler, Carl Friedrich von Siemens, Ernst von Borsig, Felix Deutsch von der AEG, Arthur Salomonsohn von der Diskonto-Gesellschaft. Aus diesem Fonds flossen Gelder in propagandistische antibolschewistische, später nationalsozialistische Projekte, aber auch an gewalttätige Gruppen wie Freikorps, die die sozialistische Bewegung niedergeschlagen sollten. Eduard Stadtler, der Gründer und Leiter der Antibolschewistischen Liga, veranlasste nach eigener Aussage am 12. Januar 1919 die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und brach Tage zuvor „Noskes Zaudern", Militär in Berlin einzusetzen. Alle Angaben siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Helfferich#cite_note-4 und https://de.wikipedia.org/wiki/Antibolschewistische_Liga#Einrichtung_des_Antibolschewistenfonds.

Verordnung zum Schutz der Republik, die Reichspräsidenten Ebert zwei Tage nach dem Mord an Rathenau erließ:[53]

„Besorgnisse der Arbeiterschaft, dass auch diese Verordnung zwar gegen den Rechtsradikalismus gerichtet ist, aber nachher nach links angewendet werden würde, sind völlig unbegründet. Die Fassung ‚Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform' ist nach eingehender Prüfung gewählt worden, um klarzustellen, dass rechtsradikale Gewalttaten gemeint sind."[54] *Das Protokoll vermerkt: „Widerspruch und Zurufe auf der äußersten Linken."*

Schon diese Verordnung sah auch die Schaffung eines Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik vor.

Die Verordnung sollte von einem Gesetz abgelöst werden, das ebenfalls ausschließlich gegen rechts gerichtet sein sollte. Doch schon während des Gesetzgebungsverfahrens begann der Streit um die Frage, was das Gesetz schützen sollte. Am Ende wurde eine Kompromissformel gefunden, mit der das Republikschutzgesetz eine „doppelte Frontstellung" gegen den „Radikalismus von rechts wie von links" erhielt[55] – entgegen der ursprünglichen Zusage von Radbruch.

Bei der Anwendung des Gesetzes zum Schutz der Republik durch die Rechtsprechung sollte sich allerdings zeigen, dass es auf den Streit um einzelne Begrifflichkeiten nicht mehr ankam.

Die Anwendung des Republikschutzgesetzes lag in den Händen eines Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik, dessen Richter die Rechtsprechung noch verschärften, auf die sich schon vorher die Richter des Reichsgerichts gestützt hatten und die in der Zeit der Sozialistengesetze entwickelt worden war.[56]

Der Staatsgerichtshof betrachtet die KPD bzw. Teile der Partei bis auf wenige Ausnahmen in ständiger Rechtsprechung als staatsfeindliche Verbindung. Das wurde als gerichtsbekannt angesehen, so dass das Gericht meinte, sich nicht einmal mehr auf bestimmte Ereignisse und einen bestimmten Zeitpunkt beziehen zu müssen, um eine tatsächlich bedrohliche Lage für die Republik zu behaupten und zu beweisen.[57] Diese sogenannte Funktionärskörper-Rechtsprechung gab der Staatsgerichtshof bis zu seiner Auflösung nicht mehr auf.[58] Jeder Funktionär dieser Partei stelle grundsätzlich eine Gefahr für die Republik dar: Wer für die Zielsetzung der KPD arbeite, der trete für eine Räterepublik und damit gegen die

53 RGBl. I, S. 521; Auszug in: Ingo J. Hueck „Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik", Tübingen 1996, S. 313.

54 Reichstagsprotok. 236. Sitzung, Sonntag 25. Juni 2022, S. 8050 https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00019.html.

55 Ernst Rudolf Huber „Deutsche Verfassungsgeschichte ab 1789", Bd. 6, Stuttgart, Berlin/Köln 1993, S. 663.

56 Ingo J. Hueck: „Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik", Tübingen 1996, S. 194 ff.

57 Ebd. S. 198.

58 Ebd. S. 199.

demokratische Republik ein.[59] Grundsätzlich könne jede Tätigkeit für die KPD als Tätigkeit gegen die Republik gewertet werden.

Das Republikschutzgesetz traf, wenn es um die Verfolgung von Einzelpersonen ging,[60] nicht nur Kommunisten, sondern allgemein Linke, aber fast nie die Rechtsextremen.

Im Rechtsstreit um die Organisation Consul wurden 16 Angeklagte zu Strafen von drei bis acht Monaten verurteilt, die Organisation Consul blieb jedoch unbehelligt und der federführende Herrmann Ehrhard wurde nie verurteilt.[61]

4. Gründe für das Scheitern und die Folgen

Wir müssen uns mit den Gründen befassen, die dazu führten, dass die Forderungen des Berliner Abkommens nicht durchgesetzt werden konnten.

a) Der antirepublikanische Justizapparat

Der Staatsgerichtshof wurde mit Richtern besetzt, die nicht in der Lage und Willens waren, gegen die rechte Gefahr vorzugehen. Dasselbe gilt für Reichsstaatsanwälte, die eingesetzt wurden. Sie waren in aller Regel monarchistisch und antirepublikanisch geprägt.

Davor hatten im Reichstag schon während der ersten Lesung des Republikschutzgesetzes Rosenfeld (USPD) und Remmele (KPD) gewarnt:

Rosenfeld: *„Es darf unter keinen Umständen dahin kommen, dass die Vorlage Gesetz wird, wenn ein reaktionärer Richter auch nur entfernt die Möglichkeit hat, die jetzt zu schaffenden Bestimmungen gegen links anzuwenden. Wir haben auf diesem Gebiet zu viele und zu traurige Erfahrungen gemacht, als daß wir bereit wären, auch nur das geringste Vertrauen zur Rechtsprechung in Deutschland aufzubringen."* [62]

Remmele sieht ebenfalls das Problem der Anwendung des Gesetzes durch die monarchistische Justiz: „Es war der Vertreter der Deutschnationalen Partei, der aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hat und ganz offen ausgesprochen hat, es kommt nicht so sehr auf das Gesetz an, als darauf, wer das Gesetz

59 Ebd. S. 200.

60 Rechtsgrundlage war § 7 Nr. 4 RepSchG: „Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerer Strafe androhen, bestraft: ... 4. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuches), die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Regierung des Reichs oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder sie oder im Dienste ihrer Bestrebungen ein Mitglied mit Rat oder Tat, insbesondere durch Geld unterstützt; ... In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe bis zu fünf Millionen Mark zu erkennen."

61 Martin Sabrow: „Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution", Göttingen 2022, S. 180; Ingo J. Hueck: „Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik", Tübingen 1996, S. 200.

62 https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00273.html.

handhabt und wer es auslegt ...“[63]

Wolfgang Abendroth verweist als Beleg für das verheerende Wirken der monarchistischen Justiz auf Emil J. Gumbel und sein Buch „Zwei Jahre Mord“: „Von den mehreren hundert politischen Morden waren in den Bürgerkriegskämpfen 16 von links ausgegangen; diese 16 waren ausnahmslos bestraft worden, insgesamt mit 8 Todesurteilen und 239 Jahren Haft. Die 318 von rechts, meist durch die Freikorps begangenen politischen Morde, wurden insgesamt nur mit 31 Jahren und 3 Monaten Haft bestraft, das heißt, sie sind strafrechtlich überhaupt nicht verfolgt worden. So sah die Justiz in der Weimarer Republik aus, und ihr ein solches Instrument wie das Republikschutzgesetz in die Hand zu geben, war ein schwerer politischer Fehler ...“[64]

Während der ersten Lesung des Entwurfs des Republikschutzgesetzes am 5. Juli 1922 forderte Remmele (KPD): *„Wenn Sie gegen die monarchistischen Mörderbanden ein Gesetz schaffen wollen, um in Zukunft zu verhindern, was geschehen ist, so müssen Sie ganz offen aussprechen, dass Sie ein Ausnahmegesetz gegen diese Mörderbanden schaffen.“* [65]

Schon das Gesetz und noch mehr seine spätere Anwendung liefen jedoch auf das Gegenteil hinaus. Zuerst wurde ein Gesetz zugesagt, das nicht gegen links angewendet werden wird, dann wurde schon in dem Gesetz die Tür zur Bekämpfung von rechts und links geöffnet, um dann vor allem die Linke zu bekämpfen.

b) Ein Muster wurde geschaffen

Damit wurde ein Muster geschaffen, das weit in die Zukunft wirken sollte. Auf den Zweiten Krieg folgte zwar eine kurze Phase der Dominanz antifaschistischer Politik, die auf den Ausbau der Grundrechte und die Einschränkung der Macht des großen Kapitals orientierte. Die furchtbaren Erfahrungen mit dem Faschismus und

63 Reichstagsprotokoll, 244. Sitzung, S. 8317; https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00286.html.

64 W. Abendroth „Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung“, Band 1, „Von den Anfängen bis 1933“, Heilbronn, 1985, S. 207 f.; Abendroth fährt dann fort: „..., für den beide Parteien der Arbeiterklasse verantwortlich waren. Denn auch die KPD hatte ihm zugestimmt.“ Ernst Rudolf Huber („Deutsche Verfassungsgeschichte ab 1789“, Bd. 6, Stuttgart/Berlin/Köln, 1993, Seite 664) lässt offen, wie die KPD abstimmte: „Für das Gesetz stimmten die große Mehrheit der DVP, sowie geschlossen das Zentrum, die DDP, die SPD, und die USPD; gegen das Gesetz stimmten die DNVP, einige Abgeordnete der DVP, die BVP und der Bayrische Bauernbund.“ Dass die KPD dem Republikschutzgesetz zustimmte, wie Abendroth behauptet, ist so nicht richtig. Remmele stimmte jedenfalls dagegen, wie aus dem Reichstagsprotokoll zu entnehmen ist. Namentliches Abstimmungsergebnis: Reichstagsprotokoll, 254. Sitzung vom 18. Juli 1922, S. 8739; https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00708.html. Die KPD-Fraktion hatte zu diesem Zeitpunkt nur 4 Reichstagsabgeordneten; denn die Mehrheit der USPD beschloss erst am 12. Oktober 1922 die Vereinigung mit der KPD.

65 Reichstagsprotokoll, 244. Sitzung, S. 8317; https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00286.html.

der Einfluss von Faschismus verfolgten Politikern waren die Basis, auf der Gefahren für die Demokratie ausschließlich im Faschismus gesehen wurden.[66] Schließlich war es der Faschismus gewesen, der die Weimarer Republik zerstört hatte. Doch im Zuge des Kalten Krieges und der Restauration wurde die Frontstellung geändert. In die Politik und Verwaltung, in die Justiz, Polizei und übrige Verwaltung kehrten die alten Nazis zurück. Nun wurde der Untergang der Weimarer Republik mit ihrer Wehrlosigkeit begründet, wobei die Notwendigkeit einer „wehrhaften Demokratie" mit einer antitotalitären Linie verbunden wurde, die sich in ihrer Umsetzung vor allem gegen den Kommunismus als äußeren und inneren Feind richtete.[67] Adolf Arndt (SPD) begründete die Zustimmung seiner Fraktion zur Wiedereinführung des politischen Strafrechts mit einer drohenden Gefahr von Systemen der Unmenschlichkeit, „wie dies beim Nationalsozialismus der der Fall war und wie es auch für die Sowjetzone beweisbar ist."[68] Mit dem Begriff „Totalitarismus" wie dem später vorrangig verwendeten Begriff des „Extremismus" konnten Faschisten und Antifaschisten, Täter und Opfer in einen Topf geworfen werden, vor allem dann, wenn Antifaschisten Kommunisten waren.[69] Damit konnte nahtlos an die Deutungsmuster angeknüpft werden, die wir schon in der Auseinandersetzung um das Gesetz zum Schutz der Republik beschrieben haben. Sie liefen darauf hinaus, nicht gegen die Feinde der Republik und Demokratie, sondern gegen deren Verteidiger vorzugehen. Ein Höhepunkt war ohne Frage das Verbot der KPD, das bis heute nicht aus der Welt ist.[70] Unter dem Begriff des „Extremismus" folgten die Berufsverbote. Das Land Brandenburg bastelt gegenwärtig an einer Neuauflage.[71] Seit 2009 hat der Begriff Extremismus sogar Eingang in ein Gesetz gefunden (§ 51 Abs. 3, Satz 3 Abgabenordnung).[72] Auf dieser Grundlage wurde versucht, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit mit der Begründung abzuerkennen, sie sei linksextremistisch beeinflusst. Der Versuch scheiterte, aber die Abgabenordnung wurde nicht geändert.[73] Zu oft wurden mit der Begründung, die Demokratie gegen rechts verteidigen zu wollen, Gesetze geschaffen oder verschärft, die dann vorrangig gegen links Anwendung fanden. Gesetze zu schaffen, die eindeutig und ausschließlich gegen die Republikfeinde von rechts gerichtet sind und dann auch ausschließlich

66 Siehe Maximilian Fuhrmann/ Sarah Schulz „Strammstehen vor der Demokratie – Extremismuskonzepte und Staatsschutz in der Bundesrepublik Deutschland", Stuttgart 2021, 1. Aufl., S. 36 f.

67 Ebd. S. 35.

68 BT-Plenarprotokoll 1/169, 6479, zitiert nach ebd., S. 39 und S. 44.

69 Zur Einführung des Extremismus-Begriffs ebd., S. 68.

70 Siehe Benedikt Hopmann: https://widerstaendig.de/uncategorized/extremismus/.

71 http://berufsverbote.de/ dort unter der Überschrift: Potsdam 30.11.2022: „Regelanfrage" soll Gesetz werden – Landtagsanhörung in Brandenburg.

72 Thomas Schmidt, „Mehr Demokratie durch Gemeinnützigkeit", in: Engelmann, Kerth-Zelter, Mende, Röhner, Schumann (Hrsg.) „Streit ums Recht" – Rechtspolitische Kämpfe in 50 Jahren VDJ", Hamburg 2022, S. 95, 96.

73 Siehe Benedikt Hopmann: https://widerstaendig.de/fuer-startseite/gruende-und-abgruende/.

so angewendet werden – dazu fehlen der politische Wille und die gesellschaftliche Kraft, die das sicherstellen könnte.

c) Die unvollendete Revolution

Remmele (KPD) während der Debatte ums Republikschutzgesetz zu den Ursachen der ganzen Misere der Weimarer Republik: *„Die Republik hat es versäumt am Tage ihrer Geburt das alte System zu liquidieren … sie hat den ganzen Unterbau dieser alten Staatsform in die neue Staatsform der Republik mit herübergenommen …"* [74]

d) Verbot des Beamtenstreiks

Nach der unvollendeten Revolution von 1918/19 wurde Schritt für Schritt dieser *„Unterbau der alten Staatsform"* gefestigt. Einer der Bausteine dieser Festigung war das Verbot des Beamtenstreiks. Wir hatten schon von den Maßregelungen gesprochen, die auch der Rathenaustreik nicht mehr rückgängig machen konnte.

Reichspräsident Ebert hatte am 1. Februar 1922 über eine Notverordnung den Eisenbahnerstreik verboten. Das hatte die Lokführer, die alle Beamte waren, nicht davon abgehalten, für höhere Löhne und die Verteidigung des 8-Stunden-Tages zu streiken.

Die Notverordnung war allerdings schon am 9. Februar 1922, also neun Tage später, wieder aufgehoben wurde. Trotzdem schrieb die Rechtsprechung dieses Verbot fort und, als das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung von 2018 das Streikverbot für Beamte verteidigte[75] und sich dabei auf die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums"[76] berief, stützte es sich ausgerechnet auf diese Notverordnung und die entsprechende Rechtsprechung[77], die der Gewerkschafter und Jurist Detlef Hensche als tief in obrigkeitsstaatlichem Denken verhaftet beschreibt.[78]

74 Reichstagsprotokoll, 244. Sitzung, S. 8317; https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00286.html.

75 BVerfG-Urteil vom 12. Juni 2018 – 2 BvR 1738/12 juris, Rn. 118, 147, 148.

76 Art 33, Abs. 5 GG.

77 Die GEW in einer Presseerklärung nach dieser Entscheidung des BVerfG: „Da wird eine nur neun Tage gültige Notverordnung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) vom 1. Februar 1922, die den Streik der Eisenbahner der Deutschen Reichsbahn verbietet, gestützt auf den berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung, als Begründung für einen eigenständigen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums herangezogen und zu einer in der ‚Staatspraxis der Weimarer Republik begründete Traditionslinie' stilisiert" (https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/beamtenstreikverbot-zementiert).

78 Detlef Hensche in: Däubler, „Arbeitskampfrecht", Baden-Baden 2018, 4. Auflage § 18a, Rn. 40. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art 33, Abs. 5 GG) verlangen nach der Rechtsprechung eine ausreichende historische Verankerung, die nach Hensche für ein Beamten-Streikverbot nicht gegeben ist. Das Bundesverfassungsgericht behauptet jedoch, die Notverordnung von Ebert habe das Streikverbot für Beamte nicht begründet, sondern vorausgesetzt (BVerfG-Urteil vom 12. Juni 2018 – 2 BvR 1738/12 juris, Rn. 118, 147, 148). Ein Problem

Holger Czitrich-Stahl

Günter Benser

Peter Brandt

Benedikt Hopmann

Stefan Bollinger

Harald Wachowitz

Simona Schubertová

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird zur Zeit vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg überprüft. Dort wurde am 1. März 2023 verhandelt. Eine Entscheidung wird folgen. Der Gerichtshof setzt auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) menschenrechtliche Mindeststandards.

e) Beschränkung auf parlamentarische Mittel

Die Republik, die durch einen politischen Generalstreik am 9. November 1918 erzwungen worden war, hatte zwar 1920 durch den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch verteidigt werden können. Aber die politischen Morde zeigten, dass diese Republik nicht auf festem Boden stand. Remmele (KPD) hatte das Problem auf den Punkt gebracht:[79] Die Revolution war nicht konsequent zu Ende gebracht worden, die Monarchisten, die Militaristen und das große Kapital hatten ihren enormen Einfluss beibehalten. Der Rathenaumord spiegelte das wieder.

Dabei war das Wissen um die Macht außerparlamentarischer Mittel zwei Jahre nach dem erfolgreichen Streik zur Verteidigung der Republik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch noch sehr lebendig. Daran konnte Remmele (KPD) anknüpfen, wenn er in der Debatte um das Republikschutzgesetz sagte:

„Nun haben wir gehört, dass es für den Staatsorganismus unerträglich wäre, ihn unter außerparlamentarische Mittel, unter den Druck der Massen zu stellen. Ich halte diese Auffassung bei einem bürgerlichen Vertreter für gut verständlich, aber wir müssen in dieser Stunde die Frage aufwerfen: waren es damals, als diese Republik im Kapp-Putsch gestürzt worden war, als die Republik flüchten musste … parlamentarische Mittel, als man die Republik zurückerobert hat, oder waren es außerparlamentarische Mittel?“ [80]

Und Rosenfeld (USPD): *„Wir dürfen uns nicht auf parlamentarische Mittel be-*

für Beamten war, dass nach damaliger allgemeiner Auffassung der Streik mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses verbunden war. Beamte hätten also zunächst einen Antrag auf Entlassung aus dem Beamtenverhältnis stellen und vorübergehende auf alle „wohlerworbene Ansprüche“ verzichten müssen. Damit hatten die Gegner eines Beamtenstreikrechts ein leichtes Spiel (Däubler-Hensche a. a. O., Rn. 35). In der Literatur vertrat nur eine Minderheit die Auffassung, Beamte müssten auch ohne Wahrung dieser Voraussetzungen die Arbeit niederlegen können. Detlef Hensche führt zahlreiche Fakten an, die dafür sprechen, dass entgegen der Meinung des Bundesverfassungsgerichts Eberts Notverordnung kein Streikverbot voraussetzte. Eine Berufung auf das Kaiserreich scheidet als Erbe, auf sich die Rechtsprechung einer Demokratie berufen könnte, aus. Nach der Novemberrevolution galt zunächst allgemein, dass das Streikrecht für alle gelte, auch für die Beamten. Dafür spricht schon der Umstand, dass das Streikverbot für Beamte der Reichsbahn per Notverordnung durch Ebert dekretiert werden musste und nach 9 Tagen wieder aufgehoben wurde (Däubler-Hensche a. a. O., Rn. 40).

79 Siehe oben unter c).

80 Reichstagsprotokoll, 244. Sitzung, S. 8317; https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000040_00286.html.

schränken, sondern das ganze Gewicht der außerparlamentarischen Macht … muss in die Waagschale geworfen werden." [81] Das war nicht geschehen.

Das Ziel des Berliner Abkommens, für das Millionen demonstriert hatten, war in seiner Überschrift prägnant zusammengefasst:

„Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft."

Doch weder die Republik noch die Grundrechte der Arbeitnehmerschaft konnten geschützt und verteidigt werden.

Drei Jahre nach dem ½-tägigen Demonstrationsstreik wurde Hindenburg als Nachfolger Eberts zum Reichspräsidenten gewählt. Als Hindenburg 1932 wieder gewählt wurde, ernannte er wenige Monate später Hitler zum Reichskanzler.

5. Das Verbot des politischen Streiks in der Bundesrepublik

Als Walther Rathenau ermordet wurde, streikten Millionen. Wenn im Jahr 2019 aus Anlass des Mordes an Walter Lübke gestreikt worden wäre, wäre das illegal gewesen.

Nach der Ermordung von zehn Menschen in Hanau haben zu ihrem Gedenken Zehntausende trotzdem am 4. März 2020 die Arbeit niedergelegt. Das ist nach der herrschenden Rechtsprechung illegal. Deswegen handelten die Betriebsräte meist eine Zustimmung des Arbeitgebers aus.[82] Doch was ist, wenn der Arbeitgeber nicht zustimmt?

Das Arbeitsrecht in der Weimarer Republik war alles andere als streikfreundlich; schon wenige Jahre nach der Novemberrevolution wurde das Streikrecht soweit eingeschränkt, dass ein einseitiger Schlichterspruch einen Streik schon vor Streikbeginn wieder beenden konnte. Aber der Rathenaustreik zeigt deutlich: Ein generelles Verbot des politischen Streiks existierte in der Weimarer Republik nicht. Diese Rechtsprechung, die die Gewerkschaften bei der Wahrnehmung ihres Streikrechts zur Entpolitisierung zwingt, kann nur aus der Tradition des Faschismus erklärt werden, zu dessen Wesensmerkmalen die absolute Feindschaft gegenüber den Gewerkschaften gehört. Für die Entmündigung der Gewerkschaften durch das Verbot des politischen Streiks steht vor allem eine Person: Hans Carl Nipperdey, der während der Nazizeit das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" (AOG) kommentiert hatte und auch an der Umsetzung faschistischer Ideologie in Rechtsnormen beteiligt war.[83] Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf er in

81 Zitiert aus: *Freiheit* (USPD) vom 26.6.1922; (https://fes.imageware.de/fes/web/).

82 https://widerstaendig.de/uncategorized/4-maerz-2020-arbeitsniederlegung-gegen-rechts/.

83 Hans Carl Nipperdey verfocht schon in der Weimarer Republik eine „wirtschaftsfriedliche" Linie; dass ist eine Linie, die Streiks als schädlich betrachtet und sie deswegen so weit wie möglich einschränken will. Über seine Haltung zum Faschismus geben seine folgenden Aussagen Aufschluss: „Im Verfolg der revolutionären Entwicklung, die mit der Beseitigung der freien Gewerkschaften

einem Gutachten zum sogenannten Zeitungsstreik das Streikrecht, das bis heute unter den Einschränkungen leidet, die Nipperdey begründete.[84] Der Zeitungsstreik hatte sich 1952 gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz und damit gegen den Staat gerichtet. Solche nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen den Staat gerichteten, also politischen Streiks wertete Nipperdey in seinem Gutachten als rechtswidrig.

Die Unternehmerverbände (BDA) waren gegen den Zeitungsstreik vor Gericht gezogen und hatten Nipperdey mit dem Gutachten beauftragt. Der Jurist und Widerstandskämpfer Wolfgang Abendroth hatte im Auftrag der Gewerkschaften dagegen gehalten.[85] Doch die Landesarbeitsgerichte folgten Nipperdey. 1955 sorgte Nipperdey als erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts dafür, dass die von ihm entwickelten Prinzipien in die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts überführt wurden: Streiks seien „im allgemeinen unerwünscht". Deswegen müssten Streiks allein gegen die Arbeitgeber und auf den Abschluss von Tarifverträgen gerichtet sein.[86]

---

am 2.5.1933 begann, wurden 11 der bisher wichtigsten Gesetze des kollektiven Arbeitsrechts aufgehoben. Koalitionsrecht, Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung, Schlichtung und Arbeitskämpfe gehören der Vergangenheit an. Der nationalsozialistische Staat hat es für richtig gehalten, den Kollektivismus durch neue Formen des Arbeitsrechts ganz zu überwinden. Das Kollektivrecht, das aufbaute auf Koalitionen, deren Existenz durch den Gedanken des Klassenkampfes bedingt war, die in dem Partner den grundsätzlichen Gegenspieler sahen, deren Interessen notwendig im Widerspruch zu den eigenen stehen müssen, trat immer stärker in Gegensatz zu den Bedürfnissen der Volksgemeinschaft. Die Folge war steter Kampf, in dem es nur noch Waffenstillstand, aber keinen wirklichen Frieden gab ... Es besteht eine echte deutsche sozialistische Gemeinschaft, zu der alle arbeitenden Volksgenossen, Unternehmer wie Arbeiter ... beide schicksalsmäßig an den Betrieb gebunden sind, dessen Förderung ihrer beider Lebensaufgabe ist ... Das Führeramt (im Frontsoldatentum des Weltkrieges und in der Zeit des nationalsozialistischen Kampfes um die Macht herausgearbeitet) steht grundsätzlich dem Unternehmer zu ... Rechtswidrig handelt immer, wer gröblich gegen anerkannte Grundsätze des völkischen Zusammenlebens verstößt." Nipperdey in BGB 1939, Vorbemerkung 283 zu §611, Fußnote 28 in Vorbem. 284 zu § 611 und Vorbem. 286 zu § 611; Nipperdey, Grundfragen der Reform des Schadensrechts, in ArbBerAkDR Nr.14, S. 42, 43 und Fußnote 31, S. 4.

84 Er übertrug in diesem Gutachten die Rechtsfigur des „Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbetrieb" als ein absolutes Recht nach § 823, Abs. 1 BGB vom Wettbewerbsrecht auf das Arbeitsrecht. Ein Eingriff durch Streik sei nur gerechtfertigt, wenn der Streik sozialadäquat sei. Sozialadäquat sei ein Streik nur, wenn er gegen die Arbeitgeber zur Verbesserung oder Erhaltung der bestehenden Arbeitsbedingungen gerichtet ist.

85 Zunächst wurden vier Gutachten erstellt, und zwar für die Unternehmerverbände von Hueck und Forsthoff, für die Gewerkschaften von Abendroth und Schnorr von Carolsfeld. Dann trat im Auftrag des BDA ein weiterer Gutachter auf: Hans Carl Nipperdey.

86 Nipperdey machte als Vorsitzender des ersten Senats des BAG eine Vorlage für den Großen Senat, der das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als sonstiges Recht nach § 823 Abs. 1 BGB anerkannte und den Streik als Eingriff in dieses Recht an eine sog. Sozialadäquanz koppelte, so dass „nur der gegen die Arbeitgeber gerichtete Streik um die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen [...], der weder tarifwidrig (Bruch der tariflichen Friedenspflicht) noch nach seinen Mitteln oder seinen Zielen oder der Unverhältnismäßigkeit von Mittel und

1963 verbot das Bundesarbeitsgericht auf dieser Grundlage auch den verbandsfreien Streik. Dabei ging das Gericht von dem 1955 festgestellten Grundsatz aus, dass Streiks allein auf den Abschluss von Tarifverträgen gerichtet sein müssten. Weil nur Gewerkschaften mächtig genug sind, Tarifverträge abzuschließen, seien Streiks ohne Gewerkschaft nicht erlaubt. Es gehe darum, Gewerkschaften „zu Kontrollzwecken einzuschalten". Das sei nur zu gewährleisten, wenn verbandsfreie Streiks ausgeschlossen werden:[87] Gewerkschaften als Ordnungsfaktor statt als Gegenmacht.

Das ist das Credo der herrschenden Meinung bis heute geblieben: Keine politischen Streiks, keine verbandsfreien Streiks. Der Fundamentalsatz bleibt unangefochten: Der Streik ist Hilfsinstrument in Tarifverhandlungen und sonst nichts.[88]

Das Verbot des politischen Streiks wird immer wieder damit begründet, dass durch politische Streiks das Parlament unzulässig unter Druck gesetzt werde. Das sollte man den Franzosen erzählen, die zur Zeit gegen Macron ihre Rente und ihre Renteneintrittsalter verteidigen.

Für den politischen Demonstrationsstreik, wie zum Beispiel den Rathenaustreik, liegt es auf der Hand, dass er nicht geeignet ist, das Parlament übermäßig unter Druck zu setzen; denn er unterscheidet sich ja gerade durch seine Befristung auf maximal einen Tag vom Erzwingungsstreik.

Viel wesentlicher ist aber ein anderes Argument: Die Gewerkschaften haben es immer auch als ihre Aufgabe betrachtet, die Republik gegen die Gefahr der Zerstörung zu verteidigen. Wer den politischen Streik verbietet, unterbindet diese Verteidigung.[89]

Ist die „Verteidigung der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" nicht mehr notwendig? Steht die Republik auf so festem Boden, dass wir das politische Streikrecht nicht mehr brauchen? Angesichts zunehmender Gefahren von rechts ist es ganz verheerend, dass in Deutschland – anders als in Frankreich – nach herrschender Meinung das Verbot des politischen Streiks noch immer gilt.

Ziel sozialinadäquat (Eingriff in die Gewerbebetriebe der Arbeitgeber nach § 823 Abs. 1 BGB), noch sittenwidrig (§ 826) ist" gerechtfertigt ist (BAG v. 28.01.1955 – GS 1/54 juris).

87 BAG 20.12.1963 – 1 AZR 428/62.

88 Der Begriff Sozialadäquanz wird heute in der Arbeitsrechtsprechung nicht mehr verwendet, was jedoch nichts daran geändert hat, dass die Rechtsprechung bis heute an der Ausrichtung des Streikrechts allein auf den Abschluss von Tarifverträgen festhält.

89 Das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz, das übrigens auch nur auf Druck einer starken außerparlamentarischen Bewegung gegen die Notstandsgesetze in das Grundgesetz aufgenommen wurde, hilft in der Regel nicht. Denn das Widerstandsrecht schützt den Streik nur, wenn „andere Abhilfe nicht möglich ist". Da aber der Gang zu den Gerichten als „andere Abhilfe" immer möglich ist, ist das Recht zum Widerstand in aller Regel ausgeschlossen. Wenn „andere Abhilfe" nicht mehr möglich ist, kommt in aller Regel der Widerstand zu spät (vgl. Däubler-Däubler Arbeitskampfrecht 4. Auflg. § 9, Rn. 19).

Es gibt eine Kampagne für ein umfassendes Streikrecht.[90] Alle sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Keine Demokratie ohne politisches Streikrecht! Das ist ein Anliegen, das weit über die Gewerkschaften hinaus Unterstützung finden sollte. Denn es geht um die Stärkung und Verteidigung unserer Demokratie.

Ein Anlass zur Unterstützung dieser Kampagne könnte der Rechtsstreit von Gorillas-Beschäftigten sein. Ihnen wurde gekündigt, weil sie ohne Aufruf der Gewerkschaften, also verbandsfrei, gestreikt haben[91]. In diesem Rechtstreit steht das gesamte Streikrecht auf dem Prüfstand.

Benedikt Hopmann

90 https://rechtaufstreik.noblogs.org/.

91 Ihre Klage vor dem Arbeitsgericht haben die Klagenden ebenso verloren wie die vor dem Landesarbeitsgericht (LAG Berlin-Brandenburg, 16 Sa 871/22). Die Revision wurde nicht zugelassen. Die Anwälte werden gegen die Nichtzulassung Beschwerde einlegen.

Stichwortgeber, Wegbereiter, Steigbügelhalter –

Die Mitverantwortung des Konservatismus für die Zerstörung der Weimarer Republik durch den Faschismus.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Der Nationalsozialismus als deutsche Variante des Faschismus ist weder vom Himmel gefallen noch das Resultat eines sogenannten Kampfes der Rechts- und Linksextremisten gegen eine Republik, der am Ende die Republikaner gefehlt hätten. Der Sieg der Nazis über die Arbeiterbewegung und über die parlamentarisch-demokratische Republik hat ihre ganz eigene Vorgeschichte, die sich mit Totalitarismus-theoretischen Erklärungsmustern schon gar nicht beleuchten lässt. Doch besitzt diese, heutzutage vorwiegend von Konservativen und Liberalen aufgegriffene Deutung für jene den Vorzug, von ihrer eigenen Verantwortung für die Katastrophe in Deutschland als Voraussetzung für die europäische Katastrophe abzulenken. Natürlich vergessen wir nicht, dass es die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, der tiefe Graben zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Strömung war, der den Nazis den Weg in die Diktatur erleichterte. Doch waren es vor allem die Menschen aus der Arbeiterbewegung, die den Widerstand lange Jahre aufrechterhielten. In den Büchern von Hans-Rainer Sandvoß und Siegfried Mielke/Stefan Heinz und Anderen ist der Mut von Frauen und Männern aus der Arbeiterklasse eindrucksvoll dokumentiert. Konservative hatten sich entweder mit dem sogenannten Dritten Reich arrangiert oder sich in die Passivität zurückgezogen, manche waren ins Exil gegangen, aber Widerstand sucht man in den Jahren vor dem Krieg dort recht erfolglos. Die katholische Zentrumspartei war in dem Sinne keine konservative Partei, sondern eine Volkspartei der Katholiken mit einem konservativen Flügel.

Konservatismus in den Jahren zwischen 1918 und 1945 – der Altkonservatismus

Was eigentlich ist Konservatismus? Ich habe ihn nach einer längeren theoretischen Auseinandersetzung mit Konservatismusdefinitionen 1988 folgendermaßen definiert:

„Unter Konservatismus soll eine geistig-politische, in sich vielfältige Strömung verstanden werden, die entstanden ist als Gegenbewegung zur bürgerlich-demokratischen

Revolution und zu den emanzipatorischen, fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen. Die historische Entwicklung transformierte den Konservatismus mehrfach in seinen jeweiligen historischen Erscheinungen, wobei ihm die entschiedene Opposition zu Prozessen gesellschaftlicher und sozialer Demokratisierung bis hin zu Antidemokratismus, die Propagierung von gesellschaftlichen Ungleichheits- und Elitemodellen, das betont machtstaats- und autoritätsbezogene Denken in Hierarchien national wie international, die uneingeschränkte Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln und die Neigung zur nationalistischen Mobilisierung durch alle Wandlungen hindurch als Wesen eigen blieben.“ [92]

Man muss den Konservatismus in der Weimarer Republik in zwei durchaus verschiedene Strömungen oder Diskurse unterscheiden. Zum einen hatten die alten Eliten des Kaiserreichs sich in Teilen des Staats-, Justiz- und Militärapparates behaupten können, auch in der Wirtschaft. Mithin änderten sich vor allem die Etikettierungen ihrer Organisationswelt. Aus den Deutsch- und Freikonservativen z. B. wurde die Deutschnationale Volkspartei, aus dem Bund der Landwirte der Reichslandbund usw. Die Blickrichtung dieses Konservatismus war eindeutig rückwärtsgewandt, man betrauerte den Verlust der Monarchie durch die deutsche Revolution 1918/19 und die Aufhebung der prinzipiellen Privilegien des Adels in einem als Ständestaat begriffenen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Der Versuch der Nationalversammlung, diese Konservativen mit der neuen parlamentarisch-demokratischen Republik dadurch zu versöhnen, indem Hugo Preuß, der eigentliche Vater der Weimarer Reichsverfassung, die Position des Reichspräsidenten im Verfassungsgefüge als eine Art Ersatzkaiser einschrieb, scheiterte spätestens 1920, als die DNVP dem Kapp-Lüttwitz-Putsch gegenüber insgesamt indifferent gegenübertrat, die Landesverbände Schlesien und Ostpreußen den Putsch jedoch begrüßten. Schon im Sommer 1919, nach der Niederschlagung der Rätebewegung und den auf diese folgenden lokalen Bewegungen hatte eine Radikalisierung der Deutschnational-Konservativen eingesetzt, die sich der „Dolchstoßlegende“ und dem Kampf gegen das sog. „Novembersystem“ zuwandten. Ihre Repräsentanten wie der vormalige Deutschkonservative Kuno Graf von Westarp (1864-1945) oder der Bankier und ehemalige Staatssekretär Karl Helfferich (1872-1924) gehörten zu den Scharfmachern der frühen Jahre der Republik. Helfferich wurde von Reichskanzler Joseph Wirth implizit wegen seiner antisemitischen Angriffe auf Außenminister Walther Rathenau der Mitverantwortung für dessen Ermordung beschuldigt: „Der Feind steht rechts“. Zur Galionsfigur dieses Konservatismus, den man zur Unterscheidung von der sogenannten „Konservativen Revolution“ bzw. des „Jungkonservatismus“ als *Altkonservatismus* charakterisieren könnte, wurde zunächst

92 Holger Czitrich-Stahl: Konservatismus und nationale Identität in der Bundesrepublik Deutschland. Der Konservatismus, seine Theorie und Entwicklung im Spiegel der Diskussionen über das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der Siebzigerjahre. Frankfurt am Main – Bern – New York – Paris 1989, S. 20 f.

im Hintergrund, dann ab der Reichspräsidentenwahl von 1925 immer mehr der ehemalige kaiserliche Generalfeldmarschall und sog. „Held von Tannenberg", Paul von Hindenburg (1847-1934). Seine führende Anhängerschaft, neben von Westarp oder Helfferich wäre ganz sicher Franz von Papen (1879-1969) zu nennen, entstammte vor allem der nachfolgenden Generation. Sie alle waren komplett in der Ära Bismarck aufgewachsen und in der Hohenzollern-Herrschaft sozialisiert. Sie einte ein strikt antidemokratisches, nationalistisches und militaristisches Weltbild, das sich an monarchischen Herrschaftsprinzipien orientierte. Eben haben wir von Peter Brandt erfahren, welche Sympathien bei den Hohenzollern, z. B. beim Kronprinzen Wilhelm, für die Nazis und für Adolf Hitler vorhanden waren. Und nicht grundlos kam es nach 1930 zu Annäherungen zwischen Altkonservativen und Nationalsozialisten und am 30. Januar 1933 nach einer Phase von Unstimmigkeiten zum „Kabinett der Barone", also zur nationalsozialistisch-deutschnationalen Koalition mit Hitler als Reichskanzler und von Papen als Vizekanzler. Im Hintergrund hatte die Kamarilla des Reichspräsidenten von Hindenburg, der neben dessen Sohn Oskar noch von Papen, General Kurt von Schleicher, Hindenburgs Staatssekretär Otto Meissner und der Großagrarier und DNVP-ler Elard von Oldenburg-Januschau angehörten, die Weichen gestellt. Der „Tag von Potsdam" am 21. März 1933, als Hitler sich vor Hindenburg verneigte und damit die Illusion nährte, die Nazis stellten sich in den Dienst des alten Preußens und der Tradition der Hohenzollernmonarchie, ist sicherlich die Verkörperung der Mitverantwortung dieses Konservatismus für die Erdrosselung der Demokratie in Deutschland.

Der Jungkonservatismus oder die „Konservative Revolution" als neue elitäre Strömung

Daneben aber entstand nach der Revolution von 1918/19 eine neue konservative Strömung, deren Hauptbezugspunkt nicht länger die Rückkehr der Hohenzollernmonarchie war, sondern ein neues Reich, das das Gegenmodell zur neuen parlamentarischen Demokratie bilden sollte. Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) nannte es 1923 „Das Dritte Reich". Darin wandte er sich entschieden gegen Liberalismus und Parlamentarismus, Parteien lehnte er ab. Sein sog. „deutscher Sozialismus" fußte auf sozialdarwinistischen und antiegalitären Prinzipien. Außenpolitisch strebte der in Solingen geborene Autodidakt ein Bündnis mit der Sowjetunion an, weil er die liberalen Demokratien des Westens strikt ablehnte. Damit beeinflusste Moeller van den Bruck nicht zuletzt die sog. „Nationalbolschewisten" um Ernst Niekisch.

Eduard Stadtler (1886-1945), ein aus dem Elsaß stammender Rechtskonservativer und Nationalist, gefördert von Karl Helfferich, eröffnet am 1. Dezember 1918 in

der Berliner Lützowstraße die „Antibolschewistische Liga". Sein politisches Ziel, so schrieb er, von Reiner Zilkenat zitiert, sei etwas Neues, *„das man konservativ-sozialistisch oder nationalsozialistisch etikettieren könnte"* [93]. Dem Kommunismus und Linkssozialismus sollte ein Gegenmodell gegenübergestellt werden, um der Arbeiterklasse die „deutsche Revolution" als Alternative anzubieten. Das von ihm favorisierte Gesellschaftsmodell kommt jenem von einer vermeintlichen Volksgemeinschaft recht nahe, so dass hier unübersehbare Schnittmengen mit NSDAP-Positionen vorlagen. Hier liegt eine der Quellen jener jungkonservativen Organisations- und Gedankenwelt, die sich von der alt-konservativen, um die DNVP als Leitpartei gescharten Welt der Verbände und Gruppen unterschied, die eher die Honoratioren der vergangenen Zeit repräsentierten. Wenn Stadtler so etwas wie den Startschuss zur völkisch-nationalistischen Aufladung des Konservatismus abgab, so gingen die wichtigsten Impulse der Jahre von 1918-1925 von Moeller van den Bruck aus, mit dem gemeinsam er „Das Gewissen" bis 1925 herausgab. Letzterer verband die erstgenannten Elemente mit einem ausgeprägten elitären Bewusstsein als Gegenmodell zur Wirklichkeit einer parlamentarischen Demokratie: *„Wenn die Erlösung nicht von der Führung kommt, dann wird sie an einem Tag über Nacht aus der Masse katastrophisch hervorbrechen."* [94] Stadtler, Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen-Rußwurm, Max Hildebert Boehm und einige andere gründeten im Juni 1919 in Berlin den gegen den Versailler Vertrag und gegen die Republik gerichteten „Juni-Klub". Dieser wirkte über seine Epigonen und Zeitschriften wie „Das Gewissen" und „Der Ring" vor allem in rechtsintellektuellen Kreisen und beteiligte sich zeitweilig an der „Hochschule für nationale Politik". Nach Spaltung und Auflösung 1924, Streitpunkt war u. a. die unterschiedliche Bewertung des Hitlerputsches im November 1923 in München, gründete Heinrich von Gleichen-Rußwurm im Dezember 1924 den „Herrenklub", der sich ausdrücklich auf jungkonservative Ziele und auf Moeller van den Bruck berief. Dessen Credo lautete, man müsse Dinge schaffen, deren Erhalt sich lohne. Damit war gewiss nicht die Weimarer Republik gemeint. Entscheidend und stilprägend dabei war die rhetorische Absetzung vom Alten und durchaus auch vom Altkonservatismus. Er gerierte sich als Revolutionär und schrieb 1923: „Wir bekamen eine Republik, deren Grundlage nicht die Verfassung von Weimar ist, sondern der Vertrag von Versailles [...]. Die Revolutionäre von 1918 haben den

93 Reiner Zilkenat: Konterrevolution und „Antibolschewismus" – Eduard Stadler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/19. In Reiner Zilkenat (Hrsg.): „… alle Macht den Räten! Die deutsche Revolution 1918/1919 und ihre Räte". Konferenzband zum Öffentlichen Symposium „Die Novemberrevolution und ihre Räte 1918/1919" am 9. Mai 2018 in Berlin-Marzahn. Neubuskow 2018, S. 205.

94 Joachim Petzold: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Köln 1983, S. 103.

Krieg von 1914 verloren, weil ihre Revolution keine deutsche Revolution war."[95] Viele Stilelemente, derer sich Hitler bediente, sind hier bereits formuliert: Die Selbststilisierung als Revolutionär, die Republik als Ergebnis der Niederlage, die nationale Revolution. Moeller van den Bruck gehört mithin zu den wichtigsten Stichwortgebern für die Nazis.

Doch wie auch Stadtler ein Stichwortgeber der Nazis war, muss Moeller van den Bruck trotz seines frühen Todes 1925 auch als ein Wegbereiter eingestuft werden. Die Mitarbeit in elitären Klubs wie den Juni-Klub, aber auch die pseudorevolutionäre Agitation und Propaganda nahmen viel von den Methoden vorweg, derer sich die NSDAP und Hitler bedienten. Joachim Petzold formulierte daher schon 1983 das Urteil: *„Der entscheidende Durchbruch zur Gewinnung einer faschistischen Massenbasis für die herrschende Klasse wurde praktisch erst von den Nazis erzielt. Die Jungkonservativen hatten daran einen bestimmten Anteil. Sie schufen das theoretische Fundament, von dem aus das Ziel und die Grenzen faschistischer Demagogie bestimmt werden konnten. Vereinfacht könnte man sagen: Hitler und seine Anhänger fanden die demagogische Form, die auf beträchtliche Volksteile, besonders das Kleinbürgertum und die Bauernschaft, anziehend wirkte. Moeller van den Bruck und sein Kreis bestimmten die reale Substanz dieser Demagogie, indem sie mit letzter Konsequenz den Chauvinismus zum Dreh- und Angelpunkt faschistischer Ideologie entwickelten und die sozialen Konsequenzen davon ableiteten [...], die Idee einer in sich streng gegliederten und die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse respektierenden, aber allen anderen Völkern mit einem Vorrechts- und Herrschaftsanspruch gegenübertretenden Nation."*[96] Neben Moeller van den Bruck und Stadtler wären noch weitere Stichwortgeber zu nennen, auf die allerdings hier nicht eingegangen werden kann, so etwa Hans Freyer und Hans Zehrer, Othmar Spann, Oswald Spengler und Ernst Jünger. Andere wie Carl Schmitt, Edgar Julius Jung und Max Hildebert Boehm werden uns nun begegnen, wenn wir explizit von Wegbereitern und Steigbügelhaltern sprechen wollen.

Jungkonservative Wegbereiter und Steigbügelhalter der NS-Diktatur

Im Folgenden möchte ich, bevor ich auf den letztendlich für den Weg in das Verhängnis des Faschismus mitverantwortlichen „Herrenklub" zu sprechen komme, auf die vorgenannten Repräsentanten des Jungkonservatismus eingehen. Wenn ich hier den Terminus Jungkonservatismus verwende, so ist er vom Prinzip identisch mit jenem der „Konservativen Revolution", da er denselben

95 Ebd., S. 165.
96 Ebd., S. 179.

Personenkreis betrachtet.

Max Hildebert Boehm (1891-1968) war ein Baltendeutscher und ein durchaus typischer Vertreter der jüngeren Generation von Konservativen, die sich nicht mit einer Rekonstruktion der alten Monarchie zufriedengaben. Er gehörte zum Gründerkreis des Juniklubs und war ein Repräsentant des völkischen Denkens par excellence. Völker, nicht Persönlichkeiten oder Klassen, galten ihm als einzige geschichtsmächtige Subjekte. Der Nationalismus nach außen und die organische Gliederung der Gesellschaft nach innen gehörten bei Böhm, der von 1933 bis 1945 eine Professur für Volkstheorie und Volkstumssoziologie an der Universität Jena innehatte und sich mehrfach vergeblich um die Aufnahme in die NSDAP bemühte, untrennbar zusammen. Zwar hielt Boehm wenig von der offiziellen Rassenlehre der Nazis und favorisierte eine kulturalistische Deutung eines Volksbegriffs, wie er damals typisch für alle Schattierungen des radikalen Nationalismus war, dennoch verbarg er nie seine Nähe zur NSDAP. Nach seiner Entlassung in Jena 1945 war Boehm noch lange Jahre in Lüneburg an der den Vertriebenenverbänden der BRD nahestehenden „Ostdeutschen Akademie" als Leiter und Dozent tätig.[97]

Carl Schmitt (1888-1985) gehört zweifellos in die Reihe der namhaftesten und wirkungsmächtigsten Wegbereiter und Steigbügelhalter des Faschismus in Deutschland. Tief katholisch aufgewachsen wurde der promovierte Jurist zu einem profilierten Kritiker der Weimarer Verfassung und des politischen Pluralismus, den er als Ausdruck eines negativen Egoismus der gesellschaftlichen und politischen Gruppen betrachtete. „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet", so lautete denn auch einer der bekanntesten Sätze aus Schmitts Feder. Damit sprach er sich für einen starken Staat aus, der nicht ein Teil der politischen Konfliktpraxis sein solle, sondern sich ordnend über den Parlamentarismus erhebe. Dieser könne allenfalls Diskussionen führen, zu entscheiden habe die Staatsgewalt. Dieser Drang, Politik mit dem Recht auf souveräne Entscheidungen zu verbinden, markiert den Schmittschen Dezisionismus. Die entsprechende Herrschaft verkörpere sich in einer starken Führung, die Schmitt teilweise mit Mussolini assoziierte. In Deutschland müsse der Reichspräsident die zentrale politische Figur sein, der über den mit Schwäche und Inkonsequenz von ihm assoziierten Parlamentarismus stehe. Während der Weltwirtschaftskrise und der Präsidialkabinette ab 1930 trat Schmitt dafür ein, die Notfallrechte des Reichspräsidenten zum Prinzip der Gesetzgebung und der Regierung zu machen. Die von Heinrich Brüning und Franz von Papen angewandte Verbindung der Art. 48 (Notstand), Art. 25 (Reichstagsauflösung), Art. 53 (Ernennung des Reichskanzlers durch den

97 Ebd., S. 358 ff.

Reichspräsidenten) und Art. 54 (Misstrauensvotum des Reichstages) waren ein Ausfluss seiner Konzeption für eine autoritäre Wende in der ersten deutschen Demokratie. Schmitt unterhielt beste Kontakte zu General Kurt von Schleicher und zu Franz von Papen, dessen sog. „Preußenschlag" gegen die geschäftsführende preußische Regierung von Otto Braun er als Prozessvertreter vor dem Staatsgerichtshof verteidigte. Nachdem er kurzfristig Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Stillen abgelehnt hatte, stellte er sich alsbald in den Dienst des Regimes und legitimierte Hitlers diktatorische Praxis: „Der Führer schützt das Recht." Die auf Schmitt zurückgehende Beugung der Weimarer Reichsverfassung durch die nicht ihrem normativen Gehalt entsprechenden Verfassungsartikel mit dem Ziel der Ausschaltung des Parlaments als zentralem Verfassungsorgan zugunsten einer faktischen Diktatur des Reichspräsidenten führte direkt über den 30. Januar 1933 in die NS-Diktatur hinein, in der sich Schmitt einzurichten vermochte.

Edgar Julius Jung (1894-1934) ist ebenfalls dem Kreis jungkonservativer Wegbereiter und Steigbügelhalter für die NS-Diktatur zuzurechnen. Er war 1919 an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt, ebenso an der Ermordung des Präsidenten der kurzlebigen separatistischen Autonomen Pfalz, Franz Josef Heinz, am 9. Januar 1924. Jung drückte seine schroffe Ablehnung der Weimarer Demokratie 1926 in dem Buch „Die Herrschaft der Minderwertigen" aus, das in jungkonservativen Kreisen ein breites Echo fand. Ihm gelang es 1933, Sekretär und Redenschreiber für Hitlers Vizekanzler von Papen zu werden. Damit war unter den Fittichen von Papens ein weiterer Jungkonservativer in die Nähe der Schalthebel der Regierung gelangt. Seine Nähe zu Kurt von Schleicher wurde jedoch auch ihm zum Verhängnis. Wie dieser fiel er Hitlers Racheaktion während des sog. Röhm-Putsches zum Opfer. Auch der Soziologe Hans Freyer oder der Publizist und Herausgeber der Zeitschrift „Die Tat", Hans Zehrer, gehören zu den Wegbereitern der NS-Diktatur. Beide konnten nach 1945 in der BRD weiterarbeiten. Sie und viele andere Jungkonservative entwickelten das Rüstzeug, aus dem die Nazis ihre Demagogie, ihr faschistisches und völkisches Weltbild und ihren Chauvinismus schöpften, eifrig mit. Aus diesem Fundus des Übergangsbereichs zwischen Rechtskonservatismus und Faschismus schöpften Hitler und seine Vasallen. Von daher waren Jungkonservative in jedem Falle Stichwortgeber und Wegbereiter, durch Einzelpersonen wie Schmitt oder Jung auch Steigbügelhalter und mitverantwortlich für den Untergang der Weimarer Republik. Letztendlich aber fällt dem „Herrenklub" die entscheidende Verantwortung zu.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, folgte die Gründung des „Deutschen Herrenklubs" der Schließung des Juni-Klubs. Es war erneut Heinrich von Gleichen-Rußwurm, der die Gründung betrieb, unterstützt von Bodo von Alvensleben.

Beide gehörten zwar den altkonservativ geprägten Eliten an, sympathisierten jedoch mit den Zielen der „Konservativen Revolution", wie sie vorwiegend Moeller van den Bruck popularisiert hatte. Das elitäre Selbstverständnis dominierte im Herrenklub genauso, wie Demokratieverachtung und Antiparlamentarismus vorherrschten. Der „neue Staat" sollte ständestaatlich organisiert sein und die politische Macht den Eliten vorbehalten. Fixpunkt dieser Transformationsvorstellung war 1932/33 der Reichspräsident Paul von Hindenburg, treibende Kraft der Transformation sein Präsidialkanzler Franz von Papen. Die Nationalsozialisten sollten dieser antidemokratischen Konstruktion die Massenbasis liefern. Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, ließ von Papen mit einer Notverordnung Hindenburgs die preußische Koalitionsregierung von Ministerpräsident Otto Braun (SPD) am 20. Juli 1932 absetzen und durch einen Reichskommissar ablösen. Alsdann sollte die NSDAP eingebunden werden, doch Hitler stellte sich quer, so dass von Papen letztlich durch Kurt von Schleicher ersetzt wurde. Nach dem Scheitern seines Vorhabens, Hitlers Streben nach der Reichskanzlerschaft durch eine sog. „Querfront" von den Gewerkschaften bis hin zu Rechtskonservativen zu verhindern, musste von Schleicher weichen. Bekanntlich wurde Hitler am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Das „Kabinett der Barone" entsprach weitgehend der von Papenschen Strategie, vom Herrenklub getragen, Hitler und die NSDAP für sich einzuspannen. Der weitere Fortgang der Geschichte ist bekannt.

Mit dem „Tag von Potsdam" hat der damalige Konservatismus alter wie junger Observanz seine letzte Unschuld verloren. Die Altkonservativen bedrängten die junge Republik von Beginn an und taten alles für deren Delegitimierung. Die Jungkonservativen schufen viele substanzielle, von den Nazis vereinnahmte Grundpositionen antidemokratischen, nationalistischen und völkischen Inhalts und demagogische Phrasen wie den „deutschen Sozialismus". Beide konservativen Strömungen gemeinsam verhalfen Hitler zur politischen Macht. Damit war der Konservatismus in seiner großen Breite, sieht man vom Liberalkonservatismus der Stresemannschen DVP oder von Teilen der Zentrumspartei ab, Stichwortgeber, Wegbereiter und Steigbügelhalter des Faschismus in Deutschland.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Holger Czitrich-Stahl

Auf der Suche nach dem Geheimnis, aus dem Kriege gemacht werden – einst und jetzt

Überlegungen zu marxistischer Kriegsursachenforschung

Mit Reiner habe ich vor allem 2019 bei zwei Konferenzen zusammengearbeitet, die die Helle Panke mit Partnern ausgerichtet hat. Zum einen unsere Konferenz „Zweimal Deutschland – Soziale Politik in zwei deutschen Staaten“,[98] wo wir die Wechselwirkungen und die Eigenständigkeiten der beiden deutschen Staaten, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Sozialpolitik, untersucht haben, deren Texte wir auch als Buch herausgaben, Reiners wohl letztes Werk.

Reiner hat hier sehr nachdrücklich den Aspekt der Konfrontation beider Deutschländer als „Kinder des Kalten Krieges“ herausgearbeitet. Zentral war die Erkenntnis, dass der Zweite Weltkrieg und seine Resultate für das resp. die Nachkriegsdeutschländer eine zentrale Rolle spielten – sowohl hinsichtlich der Einsicht, dass beide Staaten sich in irgendeiner Weise mit dem faschistischem Vorgänger, der Last der Trümmer, den Menschenopfern und dem braunem Mist in den Köpfen auseinandersetzen mussten, als auch in der Frage, wie eine friedliche demokratische Zukunft gesichert werden kann, in der die Wurzeln von Faschismus und Kriegstreiberei ausgerottet werden.

Wenn es um diesen Krieg und seine Zäsur in der Zivilisationsgeschichte ging, war Reiner ein kompetenter, sachkundiger, verbissener, die materiellen Zeitzeugen dieser Zeit aufsaugender und verarbeitender Partner. In unserer Konferenz „Der deutsche Faschismus löst den Zweiten Weltkrieg aus“ [99] übernahm er den Part, das Verhalten der Westmächte, besonders Großbritanniens, am Vorabend dieses Krieges zu analysieren und die politischen Implikationen der britischen Entscheidungen zu hinterfragen. Appeasement war kein Zufall. Mit Thomas Mann warnte er: „Die kapitalistische Welt wird durch ihr Hätschelkind, den Faschismus, zum Kriege gezwungen werden.“ [100]

Über Kriege und ihre Vorgeschichte zu forschen und aufzuklären war sein An-

98 Siehe Stefan Bollinger/Reiner Zilkenat (Hrsg.): Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten – Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege. Konferenzband zu einem deutschlandpolitischen öffentlichen Symposium am 4. November 2019 in Berlin-Marzahn (= Zwischen Revolution und Kapitulation – Forum Perspektiven der Geschichte. Bd. 4). edition bodoni, Neuruppin 2020.

99 Siehe Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hrsg.): Der deutsche Faschismus löst den Zweiten Weltkrieg aus. Vor 80 Jahren überfällt das Deutsche Reich Polen. Mit Beiträgen von Stefan Bollinger, Daniela Fuchs, Felix Matheis, Martin Seckendorf, Reiner Zilkenat. Helle Panke e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. (= Pankower Vorträge, H. 233). Berlin 2020.

100 Thomas Mann: Tagebücher 1937-1939. Hrsg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt/M. 2003, S. 382 f.

liegen im Wissen um deren Folgen und angesichts der mit einer neuen deutschen „Normalität“ Mode gewordenen Verharmlosung des Krieges, des Faschismus und einer Dämonisierung der Sowjetunion und der von ihr beeinflussten linken Bewegungen im Rahmen der Totalitarismus-Theorie.

Reiner suchte die Ursachen der Kriege, des Verhaltens der Politiker, der wirtschaftlichen Mechanismen und der ideologischen Frontstellungen, und er hielt gegen Vereinseitigungen das Denken und Analysieren in Widersprüchen, die Dialektik hoch.

Es ist klar, ein solcher nüchterner, gründlicher Historiker, der parteilich, aber nicht parteiisch die Vorgeschichten historischer Ereignisse untersucht, hinterlässt durch seinen Tod eine Lücke. Die Decke marxistischer, kritischer Historiker, die nicht nur selbstkritisch mit der Geschichte der Linken, egal ob als Bewegung oder staatlich strukturiert umgehen, sondern immer wieder den Finger auf die zentralen Konflikte nicht nur des 20. Jahrhunderts, ihren klassenmäßigen Wurzeln, ihren Verwerfungen und ihren ewigen Frontstellungen legen, ist sehr kurz. Noch haben wir keinen Weg gefunden, den Verlust global denkender marxistischer Historiker auszugleichen, so wichtig – gerade auch mit Blick auf dieses uns Gastrecht gewährendes Haus der RLS und ihren Stipendiaten – es wäre.

I.

Die zentrale Fragestellung bleibt: Wie können Kriege entstehen, wo sind ihre hinreichenden Bedingungen, wer hat die Kraft, sie zu verhindern, zu beenden, Restaurations- und Revanchegelüste zu verhindern – und wer hat Kriege verloren? Vordergründig geht es um das „Geheimnis“, das mit diesen Kriegen verbunden ist, genauer allerdings darum, dass die Mächtigen dieser Welt und vor allem die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler daraus versuchen ein Geheimnis zu machen.

Historiker wie Öffentlichkeit können Glück haben, wenn die Schleier dieser Geheimnisse gelüftet werden. Das kann mit der Offenlegung der Akten nach verheerenden Niederlagen erfolgen, wie nach 1918 und 1945 vor allem in Deutschland geschehen. Das kann der investigativen Arbeit kritischer Journalisten geschuldet sein, die einst die Pentagon-Papers öffentlich machten und den Vietnam-Krieg entzauberten, der eben kein Krieg für „democracy and freedom“ war gegen die vietnamesischen Kommunisten, sondern ein Unterdrückungskrieg, um den Ausbruch Vietnams aus dem westlichen Machtblock mit allen Mittel zu verhindern und die Vorherrschaft des Kapitals zu sichern. Es können die Whistleblower wie Edgar Snowden und Julian Assange sein, die zumindest Teilaspekte der neuen Kriege und Strategien des 21. Jahrhunderts ihrer Geheimhaltungsstempel berauben und dafür ihren Preis zahlen müssen.

Kriege sind immer und – was gerne vergessen wird – von allen Seiten mit einem Gespinst an Lügen, Fälschungen und Verfälschungen umgeben, schon lange be-

vor das Wort von den fake news seine Runde machte. Die belgische Historiker Anne Morelli hat vor Jahren treffend zusammengefasst, dass ein Kern der Kriegspropaganda darin besteht, jeden als Verräter zu brandmarken, der sich gegen die Propaganda seines Landes stellt. Für unser Thema ist wichtig: „Soll man sich, um nicht als Verräter zu gelten, jeglichen Widerspruchs enthalten? Ist es nicht mehr erlaubt, für sein Land nur dann zu sein, wenn es im Recht ist, aber gegen sein Land, wenn es Unrecht hat? Verlangen Recht und Wahrheit nicht, dass man seine Feinde verteidigt, wenn sie für Verbrechen verantwortlich gemacht werden, die sie gar nicht begangen haben? Auch auf die Gefahr hin, des Hochverrats angeklagt zu werden?“[101]

„Verräter“ braucht das Land – so sollte die Devise sein, wenn es um die „Geheimnisse“ des Krieges geht –, dabei stehen zu bleiben reicht allerdings nicht. Die Historiker werden wie die Bestatter erst gerufen, wenn die Geschichte kalt ist, bestenfalls noch ein wenig raucht. Als Propheten sind sie kaum geeignet, sie können nur sagen, was war und warum es so war und vielleicht, warum es so schrecklich schief ging. Der Traum vom Lernen aus der Geschichte ist schön, scheitert aber immer wieder – und heute erleben wir auch, dass die Aneignung von Geschichte – auch der eigenen politischen Vergangenheit und Traditionslinie – sich längst auflöst.

II.

Es mag sein, dass dies alles Fragen der Vergangenheit sind. Der Erste wie der Zweite Weltkrieg boten reiches Material und sie waren für den gesellschaftlichen Fortschritt, auch für die Sache des Sozialismus – bei allen Opfern und Irrwegen – ein Plus in den Geschichtsbüchern. Völkergefängnisse zerbarsten, nationale Befreiungsbewegungen bekamen Aufschwung, soziale Umbrüche für Demokratie und gar Sozialismus hatten auf einmal freie Bahn. Die Vielzahl der gleichzeig stattgefundenen Kriege und Konflikte – zwischen imperialistischen Mächten, gegen und für nationale Befreiung, auch gegen sich sozialistisch verstehende Staaten und Befreiungsbewegungen erschienen eher sekundär und waren für das 20. Jahrhundert der Überschrift Systemauseinandersetzungen zwischen realem Kapitalismus und aufmüpfigem Sozialismus untergeordnet.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa begann etwas, was heute, drei Jahrzehnte später, fälschlicherweise anders terminiert wird: die „Zeitenwende“. Der Crash des Realsozialismus und vor allem der Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion markierten einen Punkt, der für einfältigere Beobachter leicht als das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) abgehakt werden konnte. Dass da immer wieder größere oder kleinere Konflikte aufflammten, dass da die USA, die NATO, die EU versuchten, auf den Trümmern des Realsozialismus „Ordnung“ zu schaffen

101 Anna Morelli: Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springe 2014, S. 109 (eBook).

und in Ex-Jugoslawien, im Nahen und Mittleren Osten, an der Peripherie der einstigen Sowjetunion, nun der fragilen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Stabilität und Menschenrechte im westlich-demokratisch-kapitalistischen Gusto zu exportieren suchten, schien zunächst vernachlässigbar.

Es dauerte bis zum Jugoslawienkrieg 1999, dass die Konflikte erkennbar eine andere Dimension anzunehmen begannen. Was damals als vergängliche Episoden erschienen, waren Menetekel eines erneuerten Kalten (?) Krieges um die Weltherrschaft. Die Russische Föderation und die Volksrepublik China gerieten zunächst nur punktuell in Konfrontationssituationen mit „dem" Westen: – da der fast bewaffnete Konflikt um einen jugoslawisch-kosovarischen Flugplatz Priština zwischen einem Trupp russischer Fallschirmjäger, einen schießwütigen US-Oberbefehlshaber und einem besonnenen britischen General vor Ort, dort eine „zufällig" zerstörte chinesische Botschaft in Belgrad dank NATO-Bomben.

Der Versuch, das „Ende der Geschichte" mit der Einführung von westlicher Demokratie und Marktwirtschaft, mit US-amerikanischer Dominanz durchzusetzen, begann auch nach außen hin zu scheitern. Weder Peking noch Moskau gaben klein bei und waren nicht bereit, sich Washington, Brüssel oder Berlin zu unterwerfen. Mit dem Aufstieg respektive dem Wiederaufstieg beider Großmächte begann jene Konstellation wirksam zu werden, die heute die Konfliktlage in der Welt bestimmt als ein tödliches nuklear bewehrtes Dreieck der Großmächte, wobei in deren Schatten Schwellenmächte von Pretoria über Brasilia, New Delhi bis Buenos Aires oder Ankara ebenfalls eine Alternative zur unipolaren Welt von 1989/91 des scheinbar so siegreichen US-Hegemon einfordern.

Konnte 1919 in Versailles noch dem Kriegsverlierer Deutschland die Interpretation als alleinigem Kriegsschuldigen aufgepresst werden, konnten in Nürnberg die faschistischen deutschen Kriegstreiber und Völkermörder abgeurteilt werden, so hat eine nüchterne Geschichtsbetrachtung auch in diesen beiden Kriegen gezeigt, dass die Vorgeschichten dieser Kriege vielfältiger waren, nicht immer so eindeutig zu deren Ergebnissen geführt haben. Es wurde nie in diese Kriege „geschlittert" und sie brachen auch nicht wegen der Wahnvorstellungen eines deutschen „Führers" aus. Sie waren vielmehr Resultate einer langfristigen, konfliktreichen Beziehung zwischen imperialistischen Staaten und nach 1917 auch zu einem sozialistischen Alternativsystem, das sich der Weltrevolution verschrieben hatte, aber eigentlich nur den eigenen, alternativen Staat verteidigen wollte.

III.

In scheinbar aussichtslosen Zeiten für das Handeln von Linken mögen sich einige dem alten chinesischen Sprichwort von den im Tale kämpfenden Tigern verpflichtet fühlen, die sich der kluge Akteur vom Berge aus ansehen mag. Auch wenn der eine Tiger mit Stars and Stripes von einer kleinen Schar anderer Tiger umgeben ist

und der blaugelbe besonders leiden muss, es gibt auch den schwarz-rot-goldenen, der brav mitmacht, auch wenn er noch lieber andere vorangehen lässt.

Und da sind einige andere, die etwas abseits stehen. Kann da der kluge Linke über den Ereignissen thronen und hoffen, dass die schon irgendwann zu seinen Gunsten ausgehen werden? Oder träumt er von jenen revolutionsträchtigen Zeiten, wo ein Karl Liebknecht den Hauptfeind im eigenen Lande ausmachte, der zu bekämpfen wäre, oder von einem Lenin, der die Niederlage seines imperialistischen Staates sich auf die Fahne geschrieben hatte, auf der die Forderungen „Frieden-Brot-Land-nationale Selbstbestimmung" geschrieben standen?

Nur, es bleibt die Frage, welcher Sieg ist für eine linke weltpolitische Perspektive akzeptabel. Natürlich sind Hamburger, Coke, die Freiheit der Route 66 verlockend, aber verliert die westliche Hegemonialmacht damit ihre Expansions- und Unterdrückungsgeschichte? War es nur fataler Antiamerikanismus, der Generationen östlicher wie westlicher Kriegsgegner „verleitete", der US-amerikanischen Kriegs-, Interventions- und Terrorpolitik Widerstand zu leisten? Welche Chancen böten sich in einer Welt, wo Wodka und Pelmeni und Essstäbchen zum guten Ton einer multilateralen, widerspruchsreichen und sicher auch nicht besonders demokratischen Welt gehörten, die aber einen jeweils anderen Entwicklungsweg einschlagen, als die USA und seine treuesten Verbündeten ihnen oktroyieren wollen? Und die vielleicht Gelegenheiten eröffnen, in denen soziale Bewegungen wiedererstarken und Alternativen zum Realkapitalismus wieder auf die Tagesordnung setzen?

Zurück ins 20. Jahrhundert: Das waren Zeiten, wo die Welt hätte so einfach sein können zwischen denen da oben, Kapitalisten und Adligen auf der einen und Arbeiter und werktätige Bauern mit diversen Schichten auf der anderen. Aber auch damals – so wissen wir – auch nach dem Irren nicht nur deutscher Sozialdemokraten, war die Trennschärfe nicht immer einfach. So konnten falscher Patriotismus respektive Nationalismus sozialistische Ideale und einstige Friedensschwüre übertönen. Selbst die Konstellation am Vorabend des nächsten Weltkriegs war nicht so einfach – da gab es die Konfrontation zwischen der Welt des Kapitals und dem einzigen sozialistischen Staat, da gab es merkwürdige Sympathien mit dem deutschen Faschismus, der auf jeden Fall antikommunistisch und antisowjetisch war, gab es Verirrungen nicht nur mit Londons Appeasement, sondern auch des polnischen Obristen-Regimes, das die Bolschewiken mehr fürchtete als den deutschen Todesstoß.

IV.

Wer mit der Geschichte umgehen mag und wer auf aktuelle Kriege schaut ist herausgefordert. Moralisieren mag für gelebte humanitäre Solidarität hilfreich sein, für Politik weit weniger. Heute sind auch nicht wenige Linke leicht bei der Hand,

das Denken in den historischen Konfliktlinien als „altes Denken" zu verunglimpfen. Sie bedauern jene, die heute an geostrategische Zugänge auch für aktuelle Politik sich binden als bemitleidenswerte Nostalgiker, die nicht mitbekommen hätten, was sich in den postsozialistischen kapitalistischen Staaten und imperialistischen Mächten heute abspielt, wobei es in der Regel nur um die Probleme mit dem Kreml bzw. dem Platz des Himmlischen Friedens geht.

Sie entdecken ihre Sympathien für die Herrschenden in Osteuropa und die dort manipulierten Menschen, die die Zwischenkriegszeiten nach 1917/18 als Zeiten der Demokratie und der nationalen Würde hochloben und vergessen, dass von Warschau bis Sofia zumindest halbfaschistische Regime herrschten, die mit Linken, Demokraten, oft auch Juden und Sinti und Roma am liebsten kurzen Prozess machten. Und diese neuen Osteuropaliebhaber wundern sich nicht, dass von Riga bis Budapest die widersprüchliche, aber durchaus auch erfolgreiche realsozialistische Geschichte ausradiert wird.

V.

Zunächst ist Geschichte reicher als vordergründige, häppchengerecht aufbereitete Fakten, als 10 Tage oder 10 Wochen Vorgeschichten. Es geht immer um historische Zusammenhänge, ökonomische Fakten, Ideologien und Geschichtspolitik, die alle Konfliktseiten betreiben und zu interpretieren suchen und die auch die Kriegspartei NATO und Deutschland zu bedienen sucht.

Die Illusion, Kriege nach ihrem Verteidigungs- oder Angriffscharakter zu unterscheiden, zu loben oder zu verdammen, hat nie funktioniert. Das Kaiserreich wusste schon 1914, dass es sich gegen „die Russen" verteidigen muss, die da kommen – nur so konnten die sonst umstürzlerischen Sozialdemokraten als Vaterlandsverteidiger bei der Stange gehalten werden. Die Fakten wurden dahingebogen und großzügig Versprechen gemacht – für die Zeit nach dem Sieg. Die nationalen Befreiungskriege des 20. Jahrhunderts verstießen auch seitens der Aufständischen gegen die geltende Ordnung, gegen das Recht, womöglich das nicht von ihnen gesetzte Völkerrecht. Denn für sie war Gleichberechtigung und Freiheit nicht vorgesehen, wohl aber für ihre unterdrückenden Kolonialmächte und Vormünder. Überhaupt wird gern vergessen, dass jedes Recht Ausdruck von Macht und durchsetzungsfähigen Interessen ist – ob im BGB oder dem Code civil oder erst recht im Völkerrecht. Hier nicht stehenzubleiben verlangt die Analyse der handelnden Staaten, Gesellschaften, Machtmechanismen, die Frage, wer und was die Staaten lenken, selbst wenn sie sich als Hort der Demokratie gerieren.

Wenn es um die Interessen der handelnden Mächte und ihrer Führer geht, ist es immer sinnvoll nach den treibenden kurz-, mittel- und langfristigen ökonomische Zielen zu fragen. Das schließt die Bestimmung der Hierarchie dieser Interessen und den Konflikten nicht nur mit den auserkorenen Objekten der

Begierde, sondern auch nach denen mit Verbündeten ein, die nicht selten nur zeitweilige sind und bei Bedarf und Möglichkeit ausgewechselt werden können oder selbst Ziel des eigenen Expansions- und Profitstrebens werden. Es ist deshalb seit Ausgang des 19. Jahrhunderts immer sinnvoll nach dem Imperialismus zu fragen – nicht nach dem Expansionsdrang der Imperien seit Cäsar, sondern nach den inneren Machtmechanismen, die schnell zur Analyse der Kapitalinteressen, der Profitinteressen führen müssen.

Wem nützt es? Das ist immer eine gute Frage – sie führt zur Einflussnahme der Wirtschaft auf Politik, egal, ob Feudaladel oder Großkapital und auch zu den Rüstungsgewinnlern – dies exemplarisch 1914 wie 1939 zu beobachten und spätestens seit 1945 immer mit einem großen Schluck Erdöl verfeinert. Das führt auch zu unbequemen Fragen: Was wirkt unmittelbar, was mittelbar – war die britische Rüstungsindustrie etwa weniger kriegsgeil in Zeiten des Appeasement? Wie wandeln sich die Mechanismen imperialistischer Politik, sind ihre Instrumente zwischen offenem Krieg, Handel und wirtschaftlicher Einflussnahme, Ideologieexport austauschbar? Wie steht es mit dem imperialistischen Charakter etwa der Bundesrepublik angesichts der zusammenbrechenden DDR 1989/90? Wie eigenständig und wie untergeordnet handeln imperialistisch agierende Politiker und Wirtschaftsbosse in den skandinavischen Staaten oder in Israel? Oder gibt es langfristige, nicht unmittelbar profitbringende Zielsetzungen? Quasi genetisch eingefressen in das Denken und Handeln der Herrschenden, sicher auch mit ökonomischen Gründen, ausgeschmückt mit Ideologien der notwendigen Vorherrschaft einer überlegenen Nation oder Rasse – aber eben auf lange Fristen und große Revanchen angelegt.

Nach den tieferen Beweggründen ist zu fragen: Das 20. Jahrhundert war scheinbar von der Systemauseinandersetzung geprägt – Kapitalismus versus Sozialismus, d. h. Sowjetrussland/Sowjetunion (und ihre Verbündeten) gegen den Rest der kapitalistischen Welt. Damit konnte gut das 20. Jahrhundert erklärt werden. Spätestens mit der Iranischen Revolution 1979 trat eine scheinbare Ausnahme auf, die sich nicht in dieses Korsett pressen ließ und Ost wie West den Irak für einen Krieg mit dem Mullah-Regime ab 1980 aufrüsten ließ.

Genauer müsste auch nach geopolitischen Strukturen gefragt werden, egal ob Heartland-Theorien von Halford Mackinder oder den neueren Cheesboard-Überlegungen eines Zbigniew Brzeziński, egal, ob Great game oder Mittlerer Osten. All dies brach nach dem Ende der Systemkonfrontation mit dem Untergang des Realsozialismus alte Frontstellungen wieder auf. Wieder ging es um Vormacht und Hegemonie, um Weltherrschaft.

Es gibt keinen Automatismus mit den unmittelbaren wirtschaftlichen Profitvorteilen von Rüstung und Krieg und Wiederaufbau, sondern auch das Wirken lang gepflegter historisch begründeter Nationalismen und hegemonialer Vorstel-

lungen – die allerdings diejenigen herausstellen, die sich dies leisten können – heute die nuklearen Supermächte, früher die Groß- und Mittelmächte (die auch heute mitwirken wollen). Stärker ist nach den Mechanismen von Nationalismus und Chauvinismus zu fragen – auch und gerade in Zeiten der Globalisierung nicht zuletzt als Antwort auf den Zwang der durchgängigen Kapitalisierung aller sozialen Beziehungen durch den Neoliberalismus. Das ist verbunden auch mit der Einsicht, dass die Erscheinungsformen des Kapitalismus höchst wandelbar sind und er – respektive die Mächtigen dieser Gesellschaften – scheinbar eherne Grundsätze – etwa die Ablehnung des Staates als den großen Regulator – jederzeit preisgeben, wenn es um des Profits willen und der Sicherung der Macht auch andere Spielarten und Strategien des Profitmachens gibt.

VI.

Aber eines ist am 6. August 1945 anders geworden. Die Existenz von Kernwaffen und ihren Trägermitteln ist der große Gamechanger, der jeden Konflikt seit 1945 bis heute – insbesondere wenn die Nuklearmächte involviert sind – zu einem tödlichen Risiko letztlich der Menschheit macht. Sich darauf zu verlassen, dass nachdenkliche Militärs im entscheidenden Moment zurückschrecken werden auf den Knopf zu drücken – was auch unter den Bedingungen eines „Zwischenfalls" technischer Art geschehen kann – reicht als Erklärung und Schutzmechanismus nicht aus.

Dummerweise ist die Lektion, die einst Kennedy und Chruschtschow 1962 gelernt haben, offenkundig nicht dauerhaft verankert und die Vernichtungskapazitäten der beiden klassischen Supermächte wie der Neuaufsteiger lassen vermuten, dass Abschreckung nicht das Dauerhafteste ist, was man sich ausgedacht hat. Der entscheidende Unterschied zur Vergangenheit des 20. Jahrhunderts ist aber der Wegfall demokratischer, letztlich potenziell friedensgebietender Gegenmächte. Die konnten nationalistisch gegen ihre Klasseninteressen wie 1914 verseucht werden, die konnten angesichts des Siegeszuges des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten zeitweise paralysiert sein, aber sie haben sich 1917/18 wie 1941 ff wieder gerappelt, brachten Opfermut und revolutionäre Energien auf, um Auswege aus dem Kreislauf von Krieg und Vernichtung zu finden, egal, ob sozialdemokratisch oder kommunistisch. Der Untergang des Realsozialismus 1989/91 hat dieser Kraft in all ihren Erscheinungsformen und bei allen konkreten Unterschieden – erstmal den Garaus gemacht.

Diese friedensfordernde, friedensgebietende Gegenmacht wieder zu sammeln, immun zu machen gegen Manipulation und Missbrauch, gegen den ewigen Spaltpilz, ist Herausforderung an Friedensbewegte, Demokraten und Linke.

Wie Reiner sich in diesem Ringen um neue Antworten heute positionieren würde, weiß ich nicht, kann ich nur vermuten. Aber er hätte gute Ideen und Vorschläge, die nicht jeder teilen müsste, die aber im Ringen um eine linke Alternative zu Profit und Krieg uns bereichern könnten. Auch darum vermissen wir ihn.

Stefan Bollinger

Produktive Zusammenarbeit mit Reiner Zilkenat in der politischen Bildungsarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde.

Ich danke für die Möglichkeit heute hier sprechen zu dürfen – auf dieser Veranstaltung zu Ehren Dr. Reiner Zilkenat, dieses außerordentlichen Historikers.

Manchmal denke ich, was würde Reiner dazu sagen, zu dieser und jener gesellschaftlichen Entwicklung. Zum Beispiel zum geplanten Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation[102] oder zu dem geänderten Volksverhetzungs-Paragraphen 130 StGB[103], dessen künftige Interpretation aus meiner Sicht, auch die Wahrheit zum Verbrechen machen kann: Wer interpretiert und wer richtet? – Benedikt Hopmann erinnerte in seinen Ausführungen zu den historischen Ermächtigungsgesetzen gerade an diesen Zusammenhang.

Aktuell wäre es sicher auch Reiners Thema, das Schlachtfeld Geschichte. Ein *„Durch nichts zu rechtfertigen"* – solch ein knapper, autoritärer Sinnspruch, gleichsam ein Denkverbot – wäre ihm nie zum Argument geworden.

Im Gegenteil! Reiner war Historiker einer wissenschaftlichen Schule, die grundlegende historische Zusammenhänge nicht außer Acht lässt, die fragt, wie etwas in der Geschichte entstanden ist, welche Entwicklung dies durchlaufen hat und was daraus jetzt geworden ist.[104]

Unser Ehrensymposium nun wählte ein Thema, das auf Dr. Zilkenat als einem der profunden Kenner des deutschen Faschismus verweist. Das ist richtig. Denn das war er! Günter Benser hat Reiner in seinem Vortrag facettenreich geschildert, und daran möchte ich anknüpfen.

Es ist gut, dass es zudem gelang, einen Sammelband seiner Schriften herauszugeben, der deutlich macht, dass Reiner ein Historiker mit ungewöhnlich breiter Themenpalette war. Das zeigen die darin ausgewählten Beiträge.

Diese thematische Vielfalt hing wohl mit seinem Anspruch zusammen, zeithistorische Aufklärung für die Gegenwart nutzbar zu machen, für den Rezipienten,

102 https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-pa-kultur-909660 [16.04.2023].

103 Der Deutsche Bundestag erweiterte am 20.10.2022 den Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB. Der Bundesrat, unter Leitung Ministerpräsident Ramelow, winkte das durch. Künftig werden deutsche Gerichte zu beurteilen haben, welche gebilligten, geleugneten, verharmlosten Handlungen gegen Völkerrecht verstoßen, d. h. welche politischen Meinungen als Verstoß gegen § 130 zu ahnden sind. Am 30.11.2022 wird dieses Parlament per Beschluss die Hungersnot in verschiedenen Teilen der Sowjetunion Anfang der 1930er-Jahre als Völkermord an der Ukraine beschließen. Eine nicht abgeschlossene Debatte in historischer Wissenschaft und Jurisprudenz wird so zur politischen Auslegungssache aber normierend.

104 Vgl. Lenin: Ausgew. Werke in 6 Bänden, 5. Aufl., Berlin 1975, Band V, Seite 206.

für dessen eigenständiges Denken. Das war sein roter Faden durch die Welt der Zeitgeschichte – so meine Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Reiner. Yves Müller hebt es in seinem Vorwort zum Buch hervor.

Yves Müller hat es trotz seiner Belastungen als Doktorand geschafft, aus Reiners tagesaktuellen Beiträgen vieler Jahre ein sehr gelungenes Lesebuch zusammen zu stellen.

Wäre Reiner ein längeres Leben vergönnt gewesen, hätte auch das Thema Kalter Krieg darin einen gewichtigen Raum eingenommen.

Denn das war der Plan: Neben seinem Buchprojekt, das er gemeinsam mit Hans Schoenefeld realisieren wollte – sieben Seiten mit Thesen Reiners dazu gibt es[105] – und auf der Grundlage weit gediehener Vorarbeiten, wollten Reiner und ich im Berlin-Brandenburger Bildungswerk ein umfassendes und quellengesättigtes Projekt über Entstehung, Verlauf und Ergebnis des Kalten Krieges und die Rolle der NATO verwirklichen. Wie immer als DVD-Geschenk an Multiplikatoren einschlägiger Fächer, zudem eine Konferenz und deren Publikation. Es ist sehr zu wünschen, dass Reiners Vorarbeiten zu NATO und Kaltem Krieg von einem, ihm im Geiste verbundenen Historiker aufgegriffen werden wird, um zu verdeutlichen: die Zukunft Deutschlands liegt nicht in der Vergangenheit.

Es zog sich in die Länge. Reiner hatte als Aufklärer ja mehr zu bewerkstelligen. Jeder zeitgeschichtlich relevante Jahrestag wollte bearbeitet werden, und das begleitete ihn bis in den Tod, als er zu Hause über einen Vortrag zum Kapp-Putsch saß.

Akribisch bereitete Reiner seine Themen vor, auch und besonders in unserem Zeitgeschichtlichen Archiv, der größten Presseartikelsammlung zur deutsch-deutschen Geschichte.

Die Zeitung von gestern – „Schnee von gestern", könnte man meinen. Eine Zeitung vor 75 Jahren dagegen ist eine zeitgeschichtliche Fundgrube. Diese zeitgeschichtliche Fundgrube nutzte Reiner regelmäßig und intensiv.

Stefan Bollinger betont in seinem Buch *„1939 – Wie der Krieg gemacht wurde"*, das Thema „Schlachtfeld Geschichte". Von geschichtspolitischer Auf- und Umarbeitung ist die Rede, von immer frischen Schichten historischer Neudeutungen, weniger auf Grund bahnbrechender Erkenntnisse als auf der Basis von Ideologien.

Und seit 1989/90 wird radikal umgedeutet![106]

Diesem medialen Geschichtsentertainment und der historischen Rechtfertigung vermeintlicher Sieger der Geschichte entzog sich Reiner.

Die Kehrseite: Irgendwie musste er Geld verdienen. Ich komme zum Schluss darauf noch einmal zurück.

Verblüfft schlug auch ich am 24. Oktober 2022 die Zeitung *junge Welt* auf und

105 Quelle: Siegfried Ransch.

106 Vgl. Stefan Bollinger: „1939 – Wie der Krieg gemacht wurde", Köln 2022, S. 19.

las auf der bekannten Themenseite seinen Artikel *„Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!"* Den zweiten Teil dann am Folgetag. Günter Benser ging in seinem Vortrag darauf ein.[107] Reiners zeitgeschichtliche Fachaufsätze und Zeitschriftenartikel sind in der Tat weiter aktuell – mithin auch sein Lesebuch.

In meinem Beitrag nun soll es um Dr. Zilkenat in unseren zeitgeschichtlichen Projekten gehen, in einem Verein, den es nicht mehr gibt. Seit 1993 kannte ich Reiner. Ein Buchprojekt hatte uns zusammengeführt. Mit sehr großzügiger finanzieller Unterstützung der Bundesjugendministerin Merkel gab das Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. damals das Buch *„Angriff von Rechts"* [108] heraus. Prof. Rolf Richter hatte Reiner in unseren Verein eingeführt. Reiner schrieb darin über Ursachen und Erscheinungsformen des Antisemitismus und Gegenstrategien dazu in den neuen Bundesländern. Sie finden den Artikel auch im Sammelband.

Ein Beispiel mag den Praktiker angewandter Zeitgeschichte, Dr. Zilkenat, charakterisieren.

2005 – in multimedialer Frühzeit sozusagen – entstand die DVD *„Antisemitismus – ein Vorschlag zur Arbeit mit Geschichte"*. Die DVD, mit einem Vorwort des Gründungsdirektors des „Centrum Judaicum", Dr. Hermann Simon, war die Essenz eines unserer mehrjährigen Projekte.[109] Dazu gehörten von Reiner geleitete Recherchen historischer Presseartikel mit Schülern in unserem Zeitgeschichtlichen Archiv und im Bundesarchiv. Ehemalige Standorte von SA-Lokalen im Berliner Stadtraum nach Listen des Bundesarchivs wurden ermittelt, dies auch mit dem Ziel, diese Orte mit den Schülern erinnerungsfähig zu machen. Geschichtskunde-Führungen deutscher und italienischer Jugendlicher auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee und zu den Stätten jüdischen Lebens in Berlin-Mitte vor 1933 waren dabei; auch Unterrichtsstunden in einem Berliner Gymnasium und Schüler-Exkursionen zu einschlägigen Uni-Vorlesungen. Er selbst unterrichtete temporär in diesen Klassen und besorgte unsere Veranstaltungen im Bundesarchiv.

Von Reiner stammten die Texte in dieser DVD. Mitstreiter fanden sich ein, wie Horst Helas, den er, wie Rolf Richter, noch aus seiner Zeit an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften kannte. Auch seine Tochter bezog Reiner ein. Final wurden von beteiligten Schülern Stolpersteine für ermordete jüdische Mitbürger

107 Siggi Ransch und Simona Schubertová hatten dankenswerter Weise für den Nachdruck dieses *jW*-Artikels vom 7.5.2014 gesorgt.

108 „Angriff von Rechts. Beiträge zur Analyse und Gegenmaßnahmen", Hrsg. Robert Harnischmacher und Autorengemeinschaft des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e. V., Fachverlag für die Wirtschaft, Rostock 1993. Darin u. a. eine Analyse von Praktikern und Wissenschaftlern zur Entstehung des Rechtsextremismus in der DDR, so Bernd Wagner, Prof. Rolf Richter oder Dr. Norbert Madloch.

109 Ähnliche Projekte gab es zum Thema „Vietnam – Der Geist einer Zeit und seine Musik. Untertitel: Wie ein Krieg beendet wird." Oder „Chile – vom sozialistischen Versuch zu neoliberaler Plattform", mit einem Vorwort von Klaus Renft.

vor ihrer Schule gesetzt, welche an diesem Ort einmal ihr zu Hause hatten. So wurde Zeitgeschichte lebendig.

Die Resonanz bei den Schülern war gut, für Schullehrer war es jedoch zunehmend ein Problem.

Mit der Bedeutungsrücknahme von Geschichtsunterricht und politischer Weltkunde wurde es schwieriger, engagiertes Personal unter der Lehrerschaft für Kooperationen zu finden. Auch verschlechterten sich allmählich und ab 2013 deutlich die Potenzen unseres Vereins. Das Otto Graf Lambsdorff-Papier des Neoliberalismus (1982) entfaltete seine späten Grausamkeiten auch für unseren Verein. Die Bundesarbeitsmarktpolitik mündete seinerzeit schließlich in die Agenda 2010 von SPD und Grünen. Der traditionelle sozialpolitische Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit wurde gestrichen, sie wurde Agentur. Das alles tangierte uns sehr, denn unser Verein war arbeitsmarktorientierter Beschäftigungsträger und einer der wenigen mit Senatszertifizierung. Über 9.000 Kolleginnen und Kollegen waren in den Jahrzehnten hier tätig, und vielen konnten wir helfen arbeitsweltlichen Anschluss zu finden.

Unsere zeithistorische Projektarbeit änderte ihren Charakter. Reiner war inzwischen in den Vorstand unseres Vereins gewählt worden. Wir konzentrierten uns nun, aber nicht nur, auf die Beteiligung an zu erwartenden Jahrestag-Polit-Events des Establishments. Die mit historischen Jahrestagen jeweils zu erwartende historische Rechtfertigung des Platzes in der Geschichte war immer wieder eine Herausforderung.

In den letzten Jahren unseres Vereins waren es erfolgreiche Kolloquien, da gemeinsam mit dem Förderkreis der Archive und Bibliotheken der Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., dem wir auch die heutige Veranstaltung verdanken. Für Reiner des Hervorhebens wert war die Organisation der vielen Rezensionen durch Rainer Holze.

Über Dr. Zilkenats gute Verbindung zu Wissenschaftlern des Förderkreises und darüber hinaus wurden Akteure unserer Veranstaltungen gewonnen und wurde Bleibendes geschaffen. Zwei Projekte erhielten eigene Webseiten:[110] Novemberre-

110 www.novemberrevolution.de und www.deutschland1949.de. Für die Konferenz aus Anlass des 100. Jahrestages der deutschen Novemberrevolution hatten wir noch eine DVD-Produktion schaffen können. Sie führt Ereignisse und Fakten nebst Presseartikeln tagesgenau für die Jahre 1917, 18 und 19 in einem Zeitstrahl zusammen. Diese Produktion findet man auch im Internet, unter „novemberrevolution1918.de“: „Alle Macht den Räten“ war Reiners Themen-Idee und unser Schwerpunkt, als die Bundesregierung Weimar ins Zentrum hob und der Berliner Kultursenat einen bunten „Revolutionswinter“ organisierte, an dem wir uns damit beteiligten.

Für „deutschland1949.de“ wurden im Zeitgeschichtlichen Archiv hunderte Ordner historischer Presseartikel ausgewertet. Es entstand die nun umfangreichste Chronik deutscher Sozialpolitiken vom Kaiserreich bis in die Zeit der nun größeren Bundesrepublik. Die Chronik erinnert an das, was einstmals erkämpft wurde und was daraus wurde. Reiner hatte derweil die Presse des Kalten Krieges studiert und eröffnete mit dem Thema „Die deutschen Staaten – Kin-

volution1918.de und Deutschland1949.de.

An das letzte Projekt sei hier erinnert. 2019 jährte sich die Gründung der Bundesrepublik zum 70. Mal. Wir erwarteten keine gleichgewichtige Reminiszenz darüber, dass just im selben Jahr damit auch die DDR entstehen musste. Folgerichtig stellten wir die doppelte Staatsgründung ins Zentrum. Reiner schlug vor, dieses Projekt mit dem Schwerpunkt Kalter Krieg abzuhandeln. Wir einigten uns darauf, einem Vergleich beider Systeme den Vorzug zu geben und wählten dafür deren Sozialpolitiken aus. Mit der Person Dr. Stefan Bollinger gewannen wir den profunden Kenner dieser Materie für dieses Vorhaben und durch ihn Akteure unserer Konferenz *„Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten"*.

Am Rande noch ein von Reiner lange nicht entdeckter Spaß: Reiner sitzt 1918 auf einem historischen Foto inmitten der Revolutionäre. Diese Fotografie eröffnet unsere Webseite zur Novemberrevolution und dort hält er im Internet noch immer die Zeitung *Rote Fahne*.

Zum Schluss meiner Betrachtungen zu Reiner noch die Erinnerung an sein schauspielerisches Talent. Oft war er in unseren szenischen Lesungen zusammen mit studierten Schauspielern auf der Bühne. Zum Jahrestag „Erster Weltkrieg" gab er Kaiser Wilhelm den Zweiten und Letzten. Im Film aus dem Bundesarchiv Hoppegarten sieht man ihn als Archivar, dem gleichsam der Original-Göbbels aus der Akte sprang. Auch seine Vorträge vor Schülern waren von natürlicher Lust am Spiel getragen und so für alle unerhört einprägsam.

Seine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit finanzierte Reiner zu dieser Zeit schon durch Honorartätigkeiten auf anderem Gebiet. Nach dem Anschluss der DDR war Reiner von August 1990 bis Dezember 1991 in der Bildungseinrichtung der PDS „podium progressiv" tätig. Er entschied sich, gemeinsam mit einem Kollegen dort, für eine unabhängige Tätigkeit. Ellenbogenkampf um eigenes Fortkommen war seine Sache nicht und seine politische Biografie war nicht das, was einer beruflichen Zukunft als Wissenschaftler in diesem neuen Deutschland hätte dienlich seien können.

Er verdiente fortan sein Geld in der Erwachsenenqualifizierung, hielt dort Vorträge, Volkshochschulkurse, Seminare, engagierte sich in der Anpassungsqualifizierung und Umschulung – von arbeitslosen Jugendlichen bis erwerbslosen Akademikern. Er gab Unterricht in Managementlehre und internationalen Wirtschaftsbeziehungen in englischer Sprache, war an Kursen für ehemalige Offiziere der sowjetischen Streitkräfte in der DDR beteiligt, beriet Existenzgründer, half bei

der des Kalten Krieges" unsere Konferenz. Mit den Webseiten wurden alle Konferenzbeiträge bewahrt, Reiners Texte präsentiert und auch die Chroniken veröffentlicht. Dazu, inzwischen schon obligatorisch, jeweils ein Konferenzband, im „Forum Perspektive Geschichte", wie immer bei der bekannten *edition bodoni*.

Geschäftsanbahnungen zwischen deutschen und mittelosteuropäischen Firmen, lehrte bürgerliches und Sozialrecht – die Liste ist länger.

2005 zählte Dr. Zilkenat elf staatliche und freigemeinnützige Bildungseinrichtungen zu seinen Partnern. Reiner nahm diese Brotarbeit ernst! Zu dieser Zeit wäre er beinahe Direktor einer renommierten Fortbildungseinrichtung mit eigener Fachhochschule geworden. Aber das ist wieder eine andere Geschichte; der Anfang vom Ende sozialpolitisch ausgerichteter Arbeitsmarktpolitik warf seine Schatten spürbar voraus.

Nach Reiners Tod nun war seine Bibliothek aufzulösen. Der schriftliche Nachlass Reiner Zilkenat ging dankenswerter Weise an das Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa Luxemburg Stiftung. Wer also künftig über den Namen Reiner Zilkenat stolpert, kann dann in der Stiftung recherchieren.

Yves Müller konnte einiges von Reiners feinem Bücherbestand in der Bibliothek des Leibnitz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam unterbringen, einen großen Teil musste ich in die Bücherstadt Wünsdorf vermitteln; er hätte auch gut in die Bibliothek der Rosa-Luxemburg Stiftung gepasst, ohne das es dort zu Dopplungen gekommen wäre.

Zum heutigen Symposium nun hatten Sie die Möglichkeit eine Auswahl von Reiners Schriften in Buchform zu erwerben. Es ist allen zu danken, die seinerzeit mit Ihrer Spende einen Druckkostenzuschuss ermöglichten. Die Spender sind im Buch vermerkt. Vergessen wurde dabei jedoch Stefan Bollinger, dem dafür Entschuldigung gebührt.

Nicht geringen Anteil am Zustandekommen des Buches hatten Simona Schubertová, Reiners Lebensgefährtin, und nicht zu vergessen, Marc Johne und seine *edition bodoni*. Auch ich durfte in dieser Mailgruppe und zu den Abstimmungen im *Buskower Verlag* einiges beitragen.

Yves Müller hat gemeinsam, vor allem mit Reiners Lebensgefährtin Simona, die Stationen des Historikers Dr. Zilkenat zusammengetragen und der Zeitgeschichte zugänglich gemacht.

Die DVD[111] am Bücherstand können Sie als Ergänzung zum Vorwort zum Buch verstehen. In der DVD berichtet Reiner selbst über sein Leben, seine Zeit und seine Erkenntnisse.

Die Aufnahmen stammen aus unserem mehrjährigen Zeitzeugen-Projekt, in dem Reiner selbst Akteur war, z. B. erarbeitete er die Fragen für ein vierstündiges Modrow-Interview.

Zu allerletzt noch: Was mir über die Jahrzehnte im Wesentlichen verschlossen

111 DVD „Dr. Reiner Zilkenat, 20.05.1950 – 26.02.2020. Leben, Zeit und Erkenntnisse. Eine Erinnerung." Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung-Nichtkommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz. Unsere DVD läuft anderthalb Stunden am Videoplayer oder auch am PC.

blieb, war die private Seite Reiners. Um sich machte er nicht nur kein Aufhebens. Seine Bescheidenheit war sprichwörtlich. Reiners Zuverlässigkeit und sein Organisationstalent machten ihn für mich zu einem sehr angenehmen Partner, und irgendwie schien die Zeit auch immer zu knapp für Privates. Wir nutzten unsere Zeit für die Erörterung weltanschaulicher Fragen, bei denen ich oft der Lernende war. Freund und Weggefährte Sigi Ransch hatte da einen anderen Zugang, wie Sie in Reiners Buch lesen können.[112]

Und natürlich: Reiners Lebensgefährtin, Simona Schubertová, weiß mehr. Ihr Beitrag nun befasst sich mit ihrem Reiner als Privatperson.

Harald Wachowitz

112 Vgl. „Reiner Zilkenat Historiker, Didaktiker, Aufklärer", Hrsg. Yves Müller, *edition bodoni*, 2021, S. 59.

Der Privatmann – Reiner Zilkenat

Reiner und ich lernten uns im Jahr 1998 kennen, und jetzt bediene ich das wunderbare Klischee: bei einer Umschulung. Reiner war Dozent und ich Kursteilnehmerin. Ich war fasziniert von seinem Unterricht, ohne Unterlagen freisprechend und immer auf den Punkt gebracht. Es ist egal gewesen, welche Frage man hatte, Reiner wusste immer eine richtige Antwort.

Ich bin einem hochsensiblen Menschen begegnet, der sich professionelle Distanz angeeignet hat, um nicht verletzt zu werden.

Reiner liebte Fußball, da sein Papa in der 2. Liga Fußball gespielt hat. Somit war es jeden Samstag Pflicht, die *Sportschau* zu schauen. Ich habe mich im Laufe der Jahre zu so etwas wie einer Kennerin entwickelt (ist natürlich mit Vorsicht zu genießen), an Reiner reichte ich jedoch überhaupt nicht heran, der konnte seit 1965 alle Spieler der Bundesliga in allen Vereinen ansagen. Ich dagegen war zufrieden, wenn ich mir die Spieler der jeweiligen Spiele merken konnte.

Er mochte u. a. Krimis der schwarzen Serie. Was ihm aber riesen Spaß gemacht hat, war die Serie (den ehemaligen Westberlinern wird es ein Begriff sein) „Yes Minister", eine englische Serie, die das Unterhaus aufs Korn genommen hat und viel schwarzen Humor beinhaltete, was natürlich auch Reiner praktiziert hat. Manchmal wusste man nicht, ob es ernst gemeint war oder sein schwarzer Humor.

Reiner wurde auch im engen privaten Kreis als das wandelnde Lexikon bezeichnet. Hatte man eine Frage, gab es von ihm eine richtige Antwort mit Vortrag. Manchmal wollte ich es nicht so detailliert wissen, weil ich mir nicht so viel merken kann.

Die Dozententätigkeit bei Aucoteam war für Reiner Pflichtübung um Geld zu verdienen, jedoch bei dem Proseniores e. V. hat es ihm großen Spaß gemacht, da er sein Wissen immer wieder erweitern konnte. In bestimmten Themen musste er sich zwar einarbeiten, wie z. B. die Renaissance, die deutschen Schriftsteller, der Dreißigjährige Krieg usw., was ihm aber nicht so viel ausgemacht hat, da er über eine schnelle Auffassungsgabe verfügte. Die Senioren haben in seinen Vorträgen kritische Fragen gestellt, was ihn sehr motivierte.

Wenn es möglich war, hat Reiner jede freie Minute genutzt, um in Archiven oder in jeglichen Bibliotheken zu sein.

Manchmal, wenn er aus dem Archiv nach Hause kam, freute er sich wie ein kleiner Junge, weil er wiedermal eine oder mehrere Quellen gefunden hatte, die noch keiner gesehen hat. Das war das Highlight des Historikers; seine akribisch recherchierten Artikel zeugen davon.

Reiner tanzte auf tausenden Hochzeiten gleichzeitig (bildlich gemeint), das war das einzige, wo ich ihn nicht bremsen konnte. Vielleicht wollte er es auch so.

Irgendwann mal hat er mir gestanden, dass er eigentlich ein Asphaltgießer sein wollte, da er als Kind aus dem Fenster zugeschaut und die Arbeit bewundert hat, jedoch ist es anders gekommen.

Vor Kurzem habe ich das Buch „Winter in Prag" von Madeleine Albright gelesen, dass mir meine Tochter geschenkt hat, bei manchen Passagen habe ich mich ertappt, dass Reiner in Gedanken neben mir sitzt und flüstert: „Darüber habe ich auch schon geschrieben ..." – Welch ein schöne Gedanke!

Reiner war harter Kämpfer für die Sache und ein außergewöhnlicher Mensch. Ich freue mich sehr, dass ich ihm wenigstens 22 Jahre einen ruhigen Hafen bieten konnte (ich hätte es natürlich sehr gerne länger getan).

Reiner sagte immer, wenn es am schönsten ist, sollte man gehen; diesmal hat er es leider wortwörtlich genommen. Auch wenn er körperlich nicht mehr anwesend ist, hoffe ich doch sehr, dass er wenigstens als Mahner für die Gesellschaft in Erinnerung bleibt.

– Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Simona Schubertová